

Der Arbeiter

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.50 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
 halbjährlich 6.50 Mk., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pf. Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Ausschluss für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements-
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erchelet Wochs außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 23. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Interflons-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltenen Kolonien-
 gelle oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Bezeich-
 nungen und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (selb-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Insetate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Wucherprofite der Gesellschaft von Courrières.

Das Spiel mit Menschenleben ist die natürliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise. Da das Kapital bestrebt ist, seinen Anteil am Arbeitsertrage möglichst hoch zu gestalten, hat es eine starke Scheu vor Ausgaben, welche die Selbstkosten erhöhen, die kapitalistische Deute schmälern. Daher das Widerstreben gegen Schutzrichtungen, daher selbst kräftigste Gesetzgebung lebendig um die Kosten zu ersparen, die die Sicherung von Gesundheit und Leben der Arbeiter bedingen. Es ist unnötig, davon zu reden, daß die Unternehmer doch kein Interesse daran haben können, Menschen zu vernichten, Unglücksfälle heraufzubeschwören. Gewiß, solche Absicht ist nicht vorhanden, aber die Gier, die wilde, brutale, unbeflegbare Gier nach Profit erstickt alle moralischen, ja auch oft genug nachliegende vernünftige Erwägungen. Der ganze Komplex des Geschäftslebens ist beherrscht von dem einen Gedanken: Gewinn! Der Kapitalismus ist Hazardspiel in wahr- wüthigster Form: der Einsatz sind Menschenleben! Darum werden im Betriebe der kapitalistischen Produktion so viele Leben geopfert. Bei der Jagd nach Gewinn hat die Gesellschaft von Courrières circa 2000 Bergarbeiterleben, das Wohl und Wehe von 10 000 Menschen aufs Spiel gesetzt! Die Toten schweigen, entsetzlich leiden die Überlebenden Opfer; wir aber reden und klagen an.

In allererster Linie machen wir für das furchtbare Verbrechen das System verantwortlich. Seine Tendenz zeigt zu Mißachtung der Arbeiterleben, legt auf den Herrschertrohn brutale Profitgier. Aber bei jedem kapitalistischen Verbrechen muß an den Einrichtungen z. B. das Schulmaß der Träger des Systems abgewogen werden. Bei dem letzten großen Unglück in Deutschland, bei der „Doruffia“-Katastrophe, konnten die Aktionäre doch noch geltend machen, daß die Grube nicht glänzend prosperiere. Zu geradezu ungeheuerlichem Frevel wächst sich aber die Tat der Grubenmagnaten von Courrières aus. In schwindelnder Höhe wuchsen ihre Profite, riesengroß war der Gewinn, den sie aus der Arbeitskraft ihrer Lohnsklaven heraus- pressen. Aber sie mauserten und mauserten, als es darauf ankam, durch Vorsichtsmaßnahmen größliches, Menschen vernichtendes Un- heil zu verhüten.

Das Pariser Kapitalistenblatt „Temps“ hat schon am Tage nach der Katastrophe einen Teil des allgemeinen Mitleids auf die Aktionäre der betroffenen Gruben ablenken wollen und darauf hingewiesen, daß der Kurs auf der Börse von Lille von 3080 Fr. auf 3000 Fr., also um 800 Fr. oder 17,11 Proz. gefallen sei. Wir haben bereits einige Zahlen angeführt, die beweisen, wie wenig bedauerndswürdig die Aktionäre sind, die in der europäischen Industrie fast unerbörte Profite eingesackt haben. In der Wochenchrift „Le Courrier Européen“ veröffentlicht der Genfer Univeritätsprofessor Edgard Milhaud über die Gesellschaft von Courrières einen Artikel, der über diesen Gegenstand geradezu verblüffende Details enthält. — Die Gesellschaft von Courrières wurde 1852 gegründet mit einem Kapital von nominell sechs Millionen Frank, eingeteilt in 2000 Aktien zu 3000 Fr. Es wurden aber auf jede Aktie nur 300 Fr. eingezahlt, so daß sich das eingezahlte werdende Kapital auf nur 600 000 Fr. beläuft. Und das Unternehmen wurde zu einer Goldgrube!

Die Rentabilitätstabelle sieht so aus:

1857	150	1870	450	1883	1300
1858	150	1871	600	1884	1200
1859	150	1872	800	1885	1150
1860	150	1873	1000	1886	1150
1861	200	1874	1750	1887	1200
1862	200	1875	1900	1888	1300
1863	200	1876	900	1889	1450
1864	250	1877	500	1890	2000
1865	300	1878	600	1891	2300
1866	500	1879	700	1892	2000
1867	600	1880	825	1893	1500
1868	400	1881	900	1894	1600
1869	600	1882	1000	1895	1600

Also im 5. Jahre (1857) brachte eine Aktie von 300 Fr. 150 Fr. = 50 Proz. Im 13. Jahre (1865) 300 Fr. = 100 Proz., 1867 schon 600 Fr. = 200 Proz.!! 1890 aber 2000 Fr. = 666,66 Proz., 1891 gar 2300 Fr. = 766,66 Proz.!!

In den 39 Jahren erbrachte jeder Anteil von 300 Fr. einen Gewinn von 35 725 Fr. oder durchschnittlich pro Jahr 916 Fr., das heißt in jedem Jahre wurde mehr als das Dreifache des Gründungskapitals an Ausbeute verteilt!

Die Gesamtsumme der auf 600 000 Fr. Gründungskapital ver- teilten Ausbeute beziffert sich auf 71 450 000 Fr. Das eingebrachte Kapital ist also schon einhundertundzwanzigmal zurückgezahlt, aber immerzu bleibt die Arbeit dem Kapital tributpflichtig. Nochmal hundertfach, ja tausendfach wird aus dem Arbeitsertrage das ganze eingezahlte Kapital herausgeholt, wenn nicht an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktionsweise gesetzt wird. Nach einer Rechnung, die die „Aktion“ aufmacht, belief sich in den sechs Jahren von 1807 bis 1904 der Gesamtüberschuß der Gesellschaft auf 74 1/2 Mill. Fr. Davon wurden 18 1/2 Mill. Fr. zu Neubauten ver- wendet, 14 1/2 Mill. Fr. verschwanden als Reservefonds. Der Ge- winn wurde bei 15 1/2 Mill. Tonnen Förderung erzielt, mithin wirt- schaftete man auf je eine Tonne 4 1/2 Fr. Profit heraus. Auf den Kopf der Beschäftigten entfällt pro Tag ein Wert von circa 5 Fr. Eine tollere Bewucherung der Arbeitskraft und der Kon- sumenten ist kaum möglich.

Kein Wunder, daß die Kurse fabelhaft hoch standen. Milhaud hat gerade nur die Kurse von 1872—1881 zur Hand, also aus einer Zeit, da die Dividenden noch nicht die höchsten Höhen erreicht hatten. Trotzdem wurden die 300 Fr.-Aktien von Courrières 1872 bis 1881 an der Börse zu folgenden Preisen gehandelt:

höchster „niedrigster“ Kurs		höchster „niedrigster“ Kurs	
Geschäftsjahr	Fr.	Geschäftsjahr	Fr.
1872	13 100	1877	29 000
1873	25 000	1878	27 500
1874	38 500	1879	27 500
1875	55 000	1880	29 480
1876	89 825	1881	28 100

1896 wurde eine Transaktion mit dazu gehöriger Verschleierung des wahren Charakters der Gesellschaft vorgenommen: Aus dem Fonds von 600 000 Fr. wird ein Fonds von „6 Millionen“, aus den 2000 Stammaktien werden 60 000 a 100 Fr. — 30 neue Aktien auf eine ursprüngliche Aktie usw.!! Die 2000 Aktien von 1895 teilten sich in 8 200 000 Fr. Ueberschuß = 1600 Fr. pro Aktie. Die 60 000 Aktien von 1896 teilen sich in die Summe von 3 240 000 Fr., so daß plötzlich der Ertrag pro Aktie auf 54 Fr. gesunken scheint! In Wirklichkeit ist natürlich durch diese Transaktion die enorme Höhe der Dividende nur maskiert. Man muß — um das wahre Resultat zu ermitteln — das durch jede Aktie repräsentierte Kapital auf seinen wahren Wert zurückführen, also auf 10 Fr. Dann erhält man von 1896 bis 1902 folgende Dividenden:

Jahr	Fr.	Jahr	Fr.
1896	54	1900	125
1897	60	1901	110
1898	70	1902	100
1899	90		

Die Dividende 1903/04 hat Milhaud nicht zur Hand. Für 1905 sind bereits 8 Raten à 26 Fr. 25 Cent. verteilt. Die Gesamt- Dividende für 1905 würde also mit etwa 104 Fr. anzusetzen sein. Also 104 Fr. für 10 Fr. = 1040 Proz.!!

Der Durchschnittskurs dieser Aktien mit ihrem Effektivpreise von 10 Fr. betrug 1901 = 2393 Fr. 75 Centimes und 1902 = 2428 Fr. 41 Centimes!

Zu der Berechnung des „Temps“ vom Sinken um 17,11 Proz. fügt Milhaud am Schluß hinzu, daß diesem „Verlust“ ein Gewinn von 3670 Fr. vorhergegangen ist, das sind 36 700 Proz.

Und bei dieser Riesendividende hat die Gesellschaft jede Rücksicht auf Gesundheit und Leben ihrer Vergleute außer acht gelassen. Als der Brand schon unten wütete, durften die Arbeiter nicht ausweichen. Verginsten sie doch den Kapitalisten das eingezahlte Geld mit drei Prozent täglich! Das Verbrechen von Courrières spottet jeder Kritik!

Die Revolution in Rußland.

Im Gefängnis verbrannt!

Ueber einen Gefängnisbrand in Moskau, bei dem vier politische Gefangene ums Leben kamen und zahlreiche andere schwere Verletzungen davontrugen, wird dem „Tag“ gemeldet:

Im Krankenhausestige des Butyrki-Gefängnisses brach eine Feuersbrunst aus, die bei den jetzt in den hiesigen Gefängnissen herrschenden Zuständen entsetzliche Folgen haben mußte. In der chirurgischen Parade, wo der Brand infolge Explodierens einer Primuslampe entstand, befanden sich 25 schwerranke politische Verhaftete, von denen viele in Ketten geschmiedet waren. Das Feuer ergriff den einzigen Aus- gang und verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit über den ganzen Raum. Da die Fenster mit eisernen Gittern versehen sind, haben die Kranken sich von jeder Rettungsmöglichkeit ab- geschnitten. Die Feuerwehr drang mit Rauchmasken in das Innere des loderbrennenden Gebäudes und rettete die mit furchter- lichen Brandwunden bedeckten, meist bewußtlosen, halberstickten Gefangenen, von denen vier ihren Verletzungen er- lagen. In den Moskauer Gefängnissen sind gegenwärtig 850 Politische interniert.

Wachsen der Gärung.

Petersburg, 23. März. Obgleich man in Regierungskreisen den Gerüchten von einer neuen Revolution keinen Glauben schenkt, werden doch die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen. In allen größeren Städten sind die Bahnhöfe militärisch besetzt.

Odessa, 22. März. Die Hinrichtung des Leutnants Schmidt hat hier sehr verstimmt. Die Arbeiter halten hier und in Sewastopol Demonstrationsumzüge unter Voran- tragung schwarzer Fahnen ab.

Samara, 21. März. (Melbung der Petersburger Telegraphen- Agentur.) In der vorigen Nacht bemächtigten sich als Polizisten verkleidete Räuber auf der Landstraße der Geldpost, wobei ihnen 38 000 Rubel in die Hände fielen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März.

Das Zentrum und das Kolonialamt.

Die „Allg. Volksztg.“ sucht im Leitartikel ihrer gestrigen Abend- nummer unter rührseligen Klagen über die Verdächtigungen der Zentrumspolitik durch „die Presse der blinden Zentrumsfürsichlinge“ den Beweis dafür zu erbringen, daß nicht persönliche Abneigung gegen den Erbpriester von Hohenlohe, sondern prinzipielle Gründe das Zentrum zur Ablehnung des Regierungsprojekts einer Ver- selbständigung des Kolonialamtes bestimmen. Das Blatt hebt hervor, daß das Zentrum sich schon vor zwei Jahren, als zuerst der Plan auftauchte, das Kolonialamt der Oberaufsicht des Auswärtigen Amtes zu entziehen und zu einem selbständigen Staatssekretariat auszugestalten, gegen diese Absicht gewandt habe, also zu einer Zeit, als noch niemand an die Befegung des Staatssekretariats durch den Erbpriester von Hohen-

lohe dachte. Und dann wendet es sich mit forcierter Bestimmungs- tüchtigkeit gegen alle jene, die in ihrer Verstocktheit die Sachlichkeit der Zentrumsmotive zu bezweifeln wagen:

„Alle diese Herrschaften werden sich“, meint das Allg. Zentrumblatt, „daran gewöhnen müssen, daß das Zentrum durch solche tölpelhafte Anwürfe sich aus der ruhigen Bahn sach- licher Erwägungen nicht herausdrängen lassen wird. Die Bedenken des Zentrums gegen die Ausbildung der jetzigen Kolonialabteilung zu einem selbständigen Staatssekretariat liegen in der Gefahr der Schwierigkeiten, welche als- dann entziehen würden im Verhältnis zu dem dann nicht mehr übergeordneten, sondern nur mehr neugeordneten Auswärtigen Amt. In England gibt's bekanntlich unausgesetzt höchst unangenehme Reibungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Kolonialamt. Für die englischen Verhältnisse sind diese Reibungen löstig, aber nicht unbedingt bedenklich. Für unsere deutschen Verhältnisse könnten solche Reibungen geradezu ver- derblich werden. Unsere internationale Lage ist allmählich, nicht zum wenigsten durch das törichte Draufgängerium unserer kolonialen Kraftmeier und Gewalt- menschen, so gespannt geworden, daß wir internationale Schwierigkeiten durch allzu selbständiges Vorgehen eines von unserem Allidentikum vorangetriebenen Staatssekretariates sorgfältig zu vermeiden alle Veranlassung haben. Darum wird es gut sein, das Kolonialamt bestehen zu lassen als eine dem Auswärtigen Amte untergeordnete Behörde, für welche das Auswärtige Amt nach wie vor in allen internationalen Beziehungen die Ver- antwortlichkeit trägt. Daran wird auch wohl das arge Infamitätsübel unserer verehrten Gegner, daß nun einmal „per- sönliche Gründe die Haltung des Zentrums bestimmen, und die Frage nur sei, ob die Ablehnung sich lediglich gegen den Erb- prinzen richtet oder — vielleicht auch gegen eine andere Stelle, welche die Vererbung vollzogen hat“, nichts ändern.“

Dieses Paradiesen mit Grundfragen nimmt sich für den, der nie hinter die Kulissen der Zentrumsschauspielerlei gesehen hat, recht hüßlich aus; nur fürchten wir, die prinzipiellen Gründe werden auf die Dauer nicht standhalten gegen das Einfließen in eine andere „Bahn sachlicher Erwägungen“. Aus der ganzen Anstellung des Zentrumsohlaites spricht deutlich die Besorgnis darüber, daß die Angriffe gegen das Verhalten in dieser Frage an der „anderen Stelle, welche die Vererbung voll- zogen hat“, auf ein gewisses Verständnis stoßen könnten. Solche Folge wäre denen um Spahn höchst unangenehm, und es darf deshalb mit ziemlicher Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Zentrumsmagnaten, wenn derartige Wirkungen sich zeigen, zu der Erkenntnis kommen werden, ihre grundsätzlichen Bedenken seien doch nicht so ganz gerechtfertigt, zumal, wenn ein Modus gefunden werden sollte, wonach das Auswärtige Amt gegenüber den fremden Staaten für das Kolonialamt formell die Vertretung und Verantwortlichkeit übernimmt. —

Väterchen Dank und Moses Traum.

Der Diplomatenkaiser in Algerien schlüpft sich noch immer im Schneidentempo fort. Frankreich verteidigt seine Forderungen mit unerschütterlicher Fähigkeit. Und da auch die übrigen Mächte durchaus keine Miene machen, Herrn Wilow heizuspringen, muß sich die deutsche Diplomatie wohl oder übel in Geduld üben. Dem frivolen Rat unserer Scharfmacher zu folgen und die Konferenz einfach provokatorisch zum Scheitern zu bringen, mag die deutsche Regierung denn doch nicht. Umso weniger, als jetzt auch die russische Regierung mit aller Deutlichkeit zu versichern gegeben hat, daß sie von Deutschland weitere Konzessionen erwartet. Der russische Botschafter in Berlin hat dem Fürsten Wilow nämlich eine Instruktion seiner Regierung übermittelt, die in deutscher Uebersetzung lautet:

„Telegramm Seiner Exzellenz des Grafen Lambdorsff an Seine Exzellenz den Grafen Cassini.“

St. Petersburg, den 6/19. März 1906.
 Die kaiserliche Regierung hält es für notwendig, den ver- breiteten Nachrichten entschieden entgegenzutreten, als ob sie sich im Widerspruch zu dem Standpunkt Frankreichs zugunsten der Schaffung einer besonderen Polizeiordnung in Casablanca ausgesprochen hätte. Diese Nachricht entbehrt der Begründung. Um daher jede falsche Auslegung in einer Frage von dieser Wichtig- keit zu vermeiden, werden Sie dem französischen Bevollmächtigten zu versichern haben, daß Sie bereit sind, ihn in der Frage der Polizei in dem genannten Hafen zu unterstützen.

Zur gleichen Zeit werden die auf der Konferenz vertretenen Mächte von dieser Instruktion in Kenntnis gesetzt werden, um den mög- licherweise entstehenden Verdacht eines Doppelspiels zu verhindern, während außer dem Botschafter, seinen Verbänden in seinen berechtigten Forderungen zu unterstützen, seine Anstrengungen einzig auf ein hohes, vermittelndes Ziel gerichtet sind, nämlich eine Lösung der eingetretenen Schwierigkeiten zu finden, die der Würde beider Parteien entspricht.“

Es ist also wieder einmal nichts mit der „Isolierung Frank- reichs“ gewesen, von der in den letzten Tagen so viel geschwätzt wurde!

Diese Tatsache gibt natürlich unserem Liberalismus wieder einmal Gelegenheit, sich zu blamieren. So zeteriert das „Berl. Tage- blatt“ gleich einem Klageweib darüber, daß das die russische Quittung dafür sei, daß unser Beamtenhofs, unsere Justiz den russischen Machthabern Schergendienste geleistet habe. Statt eine „vermittelnde Stellung“ einzunehmen und an einer Verständigung zu arbeiten, stelle uns nun Rußland ein Bein und stärke Frankreichs Widerstand gegen „eine für uns an- nehmbar Verständigung“. Das freisinnige Blatt scheint also erwartet zu haben, daß Rußland die Vaudrufferei Deutsch- lands vor der zarischen Amte durch diplomatische Helfershelfer

Belohnen würde! Diese Klagen hätte doch das Presseblatt den deutschen Offizieren überlassen sollen; der deutsche Liberalismus aber sollte sich freuen, daß die Selbstentwürdigung des offiziellen Deutschland eine so wohlverdiente Quittung empfangen hat. Zumal für das deutsche Volk der ganze Marokkohanndel das gleichgültigste Ding von der Welt ist!

Daß die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ die russische Lektion empfindlich ärgert, ist unsso begreiflicher. Das offizielle Blatt gibt seinem Kerger auch ganz unverhohlenen Ausdruck. Es findet Rußlands demonstrative Verwahrung gegen ein „Doppelspiel“ überflüssig, namentlich ist es verärgert darüber, daß der „Temps“ die Instruktion der russischen Regierung bereits mitteilen konnte, bevor der deutsche Reichskanzler davon amtlich Kenntnis erhielt. Das offizielle Blatt maukt deshalb:

„Daß die sogenannte Casablanca-Frage für Deutschland nicht von entscheidender Bedeutung ist, haben wir unter demselben Datum, das die russische Instruktion trägt, in unserem Blatte dargelegt. Auch ... wiederholen wir, daß und ein triftiger Anlaß zu einer solchen Verwahrung der russischen Politik gegen den Verdacht eines Doppelspiels nicht vorzuliegen scheint, und daß erst recht die sofortige Veröffentlichung dieses Aktes in einem neuerdings gegen Deutschland so gefühligem französischen Blatte auffällig bleibt.“

Die deutsche Regierung hat das Deutsche Reich durch seine schändlichen Handlangerdienste gegen Rußland so sehr in die Rolle einer russischen Satrapie gebracht, daß ihr dieser Hieb der diplomatischen Kränze Väterchens von Herzen zu gönnen ist. Früchten wird freilich auch diese Liebenswürdigkeit nicht: man wird wahrscheinlich künftig noch kräftiger schweißbedeln!

Der gegenwärtige Schacher dreht sich darum, dem internationalen Polizeieinspektorat, das die französisch-spanische Polizeikontrolle seinerseits kontrollieren soll, Machtbefugnisse einzuräumen, durch die ein überwiegender Einfluß Frankreichs und Spaniens verhindert werden soll. Oesterreich hat sich der undankbaren Aufgabe unterzogen, einen neuen Vermittlungsvorschlag zu formulieren.

London, 22. März. (Bureau Laffan.) Der neue deutsche Gesandte in Paris Dr. Rosen ist, wie der „Daily Telegraph“ korrespondent in Algieras erfährt, für seine Reise nach Paris, die er nach Schluß der Konferenz antritt, mit einer wichtigen Mission beauftragt. Infolgedessen hat der französische Konsul in Paris, der jetzt in Algieras weilt, Weisung erhalten, sich am Sonnabend nach Tanger zurückzugeben und sofort nach Paris aufzubrechen. Der Korrespondent ist vom dem Vertreter einer Großmacht ermächtigt, mitzuteilen, das Ende der Konferenz nahe heran. Oesterreich sei im Begriff, ein neues Projekt vorzulegen, das sowohl für Deutschland, wie für Frankreich als annehmbar betrachtet werde. Dem Vernehmen nach würden der französisch-spanischen Polizei acht Häfen übergeben werden.

Deutsches Reich.

Gegen den Abgeordneten Arendt.

Dem Genossen Vebel ist folgender Brief des bekannten Afrikaners Dr. Eugen Wolf zugegangen:

München, den 20. März 1906.

Sehr geehrter Herr!

In Nr. 128 der hiesigen „Allgemeinen Zeitung“ vom 19. März 1906 lese ich unter den Reichstagsberandlungen, daß der Abgeordnete Dr. Arendt gesagt hat, daß die Hinrichtungen, welche Dr. Peters am Kilmanschahar hat vornehmen lassen, von Herrn von Bismann unter den damaligen Verhältnissen als notwendig erklärt worden seien und daß Herr von Bismann Herrn Dr. Arendt persönlich gesagt habe, er habe das Urteil gegen Dr. Peters für einen Justizmord gehalten.

Dem Andenken des Majors Dr. Hermann von Bismann bin ich es schuldig, zu erklären, daß diese Angaben im Reichstage des Herrn Dr. Arendt nicht richtig sind und wohl auf einer falschen Auslegung dessen, was ihm Herr von Bismann vor sehr vielen Jahren gesagt haben soll, beruhen müssen. Bismann hat sich mir gegenüber, und auch noch in den letzten Jahren, in dieser Sache ganz anders ausgesprochen, als Herr Arendt es angibt, und es wird außer mir auch noch andere alte Afrikaner geben, die das bezeugen werden. Wenn Bismann noch am Leben wäre, hätte er wohl sofort telegraphisch dagegen Einsprache erhoben, daß man ihm solche Angaben in den Mund legt.

Mit vorzüglicher Hochachtung usw.

Eugen Wolf.

Die Republik der Korruption.

Die Republik Hamburg ist trotz ihrer von feilen Federn gerühmten Bürgerugend eine Brutstätte der Korruption. Als dort vor einigen Monaten Genosse Páplow in der Hamburger Bürgerschaft (Hamburger Parlament) Andeutungen machte über „Unregelmäßigkeiten“ in einzelnen Zweigen der Bauverwaltung, zeigten die bürgerlichen Mitglieder der Baudeputation sich sehr entrüstet. Während verlangte man Beweise. Da diese aus erklärlichen Gründen nicht sofort auf den Tisch des Hauses niedergelegt zu werden vermochten, wurde eine förmliche Hege gegen Páplow inszeniert. Inzwischen haben sich nicht allein alle Behauptungen bestätigt, sondern es haben sich noch weit mehr Unregelmäßigkeiten, Unterschleife usw. im Bereiche der Baudeputation herausgestellt. Der frühere Bureauvorsteher, der den Staat in recht plumper Weise um Tausende geschädigt hat, machte vor kurzem einen Selbstmordversuch, und vorgestern hat sich ein anderer Beamter erschossen, während der Staatsarchitekt Hänel, der mit den von ihm beaufsichtigten Unternehmern unter einer Bede gespielt hat, hinter schwedische Gardinen geraten ist.

So war die Situation beschaffen, als in der Sitzung der Bürgerschaft vom 21. März Páplow bei der Beratung des Staatsbudgets das Wort ergriff, um auch auf „Unregelmäßigkeiten“ bei den Staatsschulden hinzuweisen. Während vor Monaten die Mehrheit der „Volksvertreter“ lärmt und tobt, verhielt sie sich gestern mündchenstill. Herr Versiehl, Mitglied der Baudeputation, ersuchte sehr bescheiden die Herren von der äußersten Linken, der genannten Behörde ihr Material zu überweisen, damit die bedauerlichen Fälschungen und Unterschleife vor Gericht ihre Sühne finden würden. Genosse E. Fischer erwiderte, daß der von Herrn Versiehl vorgeschlagene Weg zur Aufdeckung der Verstrickungen wohl der richtige wäre, doch hätte man damit schlimme Erfahrungen gemacht. Als feinerer ein früherer Angestellter vom Werk- und Armenhause gegen dessen Direktor, Korast, eine Denunziation wegen Betruges einreichte, wurde nicht der Direktor, sondern der Denunziant unter Anklage gestellt und wegen verleumdender Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Erst einige Jahre später stellte sich heraus, daß Direktor Korast den Staat in viel schlimmerer Weise bemogelt habe, als von dem früheren Angestellten behauptet wurde. Korast wanderte darauf auf 1/2 Jahre ins Gefängnis. Selbst Herr Rohde von der Linken erklärte:

Wenn solche Klagen sich von Zeit zu Zeit wiederholen, wenn wir schwere Fehler bei den Bauten sehen, wenn die Unterschleife sich mehren, dann liegt es meines Erachtens am System. Wir müssen sehen, daß wir Beamte bekommen, die den Augiasstall reinigen.“

Die Tatsachen zeigen, wie durchaus nötig die Konfiskierung dieses edlen hausesischen Bürgerthums ist — einen Zweck, dem bekanntlich nach den eigenen Angaben der Hauptmacher die kürzlich vorgenommene Wahlrechtung der Hamburger Arbeiter und Kleinbürger dienen soll.

Die Reichstagswahl im Wahlkreis Kaiserlautern, die durch die Mandatniederlegung des kompromittierten Weinpantlers Sartorius nötig wurde, hat unserer Partei einen Stimmenzuwachs von 556 Stimmen gebracht, wie die Leser aus dem Vorgesetzten der geistigen Nummer ersahen haben. Da der Wahlkreis überwiegend ländlich ist, ist das ein ganz annehmbarer Erfolg, zumal da die Liberalen und das Zentrum ungefähr je 500 Stimmen verloren haben. Nur der Agrarier hat nicht ganz 500 Stimmen Zuwachs. — Der Wahlkreis gehörte bekanntlich von 1898—1903 den Landbündlern. Trotzdem tröstet sich jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ über den Umstand, daß Dr. Köstke nicht in die Stichwahl gekommen ist, mit der Philosophie der saueren Trauben, ein Sieg des Bundes sei nicht zu erwarten gewesen. Für die Stichwahl gibt sie natürlich die Parole „Gegen die Sozialdemokratie“ aus. Die bürgerliche Presse bezeichnet deshalb den Kreis als für die Liberalen sicher. Unsere wackeren Wähler Genossen werden sich dadurch nicht abhalten lassen, auch im zweiten Wahlgange ihre volle Schuldigkeit zu tun.

Liebesdienste für Väterchen und kein Ende. Die „Breslauer Zeitung“ meldet, daß in Breslau zahlreiche russische Flüchtlinge der polizeiliche Befehl zugegangen ist, bis zum 1. Juni dieses Jahres die Stadt und Preußen zu verlassen. Ein Grund für die Maßregel sei nicht ersichtlich, da es sich, wie das liberale Blatt bemerkt, dabei um Leute handelt, die in Rußland angesehenen Lebensstellungen besitzen und zum Teil sehr vermögend sind. — Dieser Umstand erklärt wohl die lange Frist, die den betroffenen gewährt wird. Russische Proletarier müssen innerhalb 24 Stunden fort, wenn die preussische Polizei sie nicht gar eigenhändig an die russische Grenze bringt.

Der vaterlandslosen deutschen Sozialdemokratie wissen die „Post“ und geistesverwandte Blätter wieder einmal einen „patriotischen“ ausländischen Sozialisten entgegenzustellen. Der Wiener Genosse Leuthner ist in der „Neuen Gesellschaft“ gegen einen Artikel des Genossen Stampfer zu Felde gezogen, der der Sozialdemokratie im Anschluß an die letzten Beschlüsse des internationalen sozialistischen Bureau über die Maßnahmen, die die sozialistischen Parteien zur Verhinderung von Kriegen zu ergreifen haben, die Aufgabe zuweist, im Falle ein Krieg ausbrechen droht oder ausgebrochen ist, offen auszusprechen, welchem Teil sie den größeren Teil der Schuld beimeist und welchen Sieg sie am allerwenigsten wünschen würde. Leuthner meint, daß solches Verfahren nichts weiter sein würde, als die „Mobilisierung der internationalen Sozialdemokratie gegen Deutschland“, was er nicht nur vom Standpunkt der deutschen Arbeiter, sondern auch vom allgemeinen proletarischen Standpunkt aus nicht für wünschenswert hält.

Sie verspüren zurzeit kein zwingendes Bedürfnis, uns mit den beiderseitigen Ausführungen eingehender zu beschäftigen. Wir wollen lediglich den Schreien in der Schmarhnerpresse, die durch Leuthners Kritik des Stampferschen Artikels die „landsverräterischen“ Absichten der deutschen Sozialdemokratie gebraucht erklären und den Genossen Leuthner schon als Opfer eines „Vorwärts“-Vamsstrahls sehen, sagen, daß beide Genossen in einer nicht unter Parteikontrolle stehenden Wochenchrift ihre Privatansichten dargelegt haben, die für die Partei als solche in keiner Weise verbindlich sind.

„Immer lustig“.

Ein hübsches Bild von dem Treiben des Kameruner Kolonialkönigs „Immer lustig“ entwirft ein Gewährsmann der „Frankf. Ztg.“, der sich nach dem Zeugnis dieses Blattes bisher stets gut unterrichtet gezeigt hat:

Marie Viededi alias Marie Ede (nach einer anderen Mitteilung Eard, D. Red.), identisch mit Frein von Eardstein, ist am 18. September 1902 mit Puttkamer und dessen Adjutanten v. Crammer (Kramsta?) und Oberleutnant Brauchitsch, jetzt Regierungsrat von Puttkamers Gnaden, an Bord des Dampfer „Lucie Woermann“ gekommen. Die sog. v. Eardstein bezog eine Kajüte zweiter Klasse, Kabine 30, und war in der offiziellen Liste nicht mit Namen aufgeführt, wohl aber in einem nicht offiziellen Nachtrag als Marie Viededi. Auf ihren Effekten prangte der Name Marie Viededi. Sie selbst hat kein Hehl daraus gemacht, daß sie Puttkamer in einem Lebewelt-Lokal in Berlin kennen gelernt und dieser sie aufgefordert habe, gegen gute Bezahlung mit nach Kamerun zu gehen. Gleich bei ihrer Ankunft an Bord hatten der Kapitän und seine Offiziere auf den ersten Blick erkannt, daß die Viededi eine Berliner Pflanze sei, aber die Augen zugeknippt, als sie hörten, die Halbweidbame sei Puttkamers Begleiterin. Puttkamer hat der Obersteuermann aufgefordert, für sie zu sorgen. In Madeira hat der Obersteuermann im Auftrage Puttkamers für die sogenannte Eardstein Sachen einlaufen müssen. Während der Reise nach Kamerun wurde Sekt in Unmenge verzehrt und fast immer Hazard gespielt; die Mümpeler mußten sich wegen ihrer Spielverluste von der Schiffsbefahrung Geld leihen. Als das Schiff in Kamerun angekommen war, weigerte sich die Viededi, an Land zu gehen; der Polizeimeister mußte sie auf eine Aufforderung Puttkamers hin an Land bringen. Sie hat dann mit Puttkamer im Regierungsgebäude gewohnt und ist mit ihm ausgefahren und geritten. Puttkamer ließ sich von Bord noch massenhaft Proviant auf seine Jagd bringen. Die Schiffsektion erhielt später in Hamburg Vorwürfe, daß sie zu opulente gewirtschaftet habe. Bemerkenswert ist noch, daß die Viededi ihren Namen in das Passagierbuch eigenhändig eingeschrieben hat.

Das schlimmste an der Sache ist, daß Puttkamer noch heute als Kolonialpasha amtierend würde, wenn nicht durch die Reichsverfassung und die Beurteilung der Aktaute sein totes Treiben aus Tageslicht gekommen wäre! Wer garantiert dafür, daß es nicht unsere Kulturpioniere anderwärts genau so treiben?! —

Justos „Cousine“.

Herrn Jesko von Puttkamer und seinem „Cousinchen“ Max Eardt hohelst immer fürchterlicher in ihre zweifelhafte Hude. Nach den bisherigen Aufklärungen, die alle Welt über den wahren Sachverhalt informiert — nur den Kolonialprinzen Herrn v. Hohenlohe nicht —, folgt nun eine — „Bestätigung“ in der Pöbel-Angelegenheit, die gar keinen Zweifel daran läßt, daß der famose Herr Gouverneur sich über das Wesen der von ihm begangenen Urkundenfälschung im Klaren sein mußte. „Der Roland von Berlin“, der in Kottbus-Angelegenheiten bekanntlich Autorität ist, hat nämlich herausgefunden, daß Puttkamers „Väschen“ im Jahre 1899 zu Treßden acht Wochen im Gefängnis brummen mußte zur Strafe für die Verurteilung des von ihrem Herrn „Vetter“ ihr ausgetheilten falschen Passes! —

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn Herr Dr. Arendt bei seiner nächsten Puttkamer-Beweisführung den Ruf der berühmten gewordenen Puttkamer-„Cousine“ rettet, indem er sie dem Reichstage als eine Dame vorstellt, die sogar der Auszeichnung einer — „Staatspension“ für würdig erachtet wurde. —

Eine verhängnisvolle Verfassung. Das „Volksblatt für Bochum“ berichtet, daß in Wanne bei Bochum der Schlosser Emil Westermann beerdigt wurde. Es wurde vor acht Tagen aus einer Wirtschaft hinausgewiesen. Zeugen behaupten, daß der sehr adthabe Mann dazu keine Veranlassung gegeben habe. Drunken wurde Westermann von einem Gendarmen verhaftet, gefesselt und nach der Wachtube, später in die Arrestzelle gebracht. Am anderen Morgen rief der Verwalter des Polizeigefängnisses zwei Leute, die gleichfalls die Nacht im Polizeigefängnis zugebracht hatten, in Westermanns Zelle und sagte zu ihnen ungefähr: „Seht Euch den Mann an, der will laput gehen; daß es dann nicht heißt, ich hätte ihm was getan.“

Schließlich wurde Westermann ins katholische Krankenhaus gebracht, wo er bereits sterbend anlag. Der Schädel soll ihm zertrümmert sein und auch am Handgelenk sah man Spuren der Fesselung. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. —

Ein hartes Urteil wurde über einen Kürassier vom Königsberger Kriegsgericht wegen einiger Dummheiten gefällt. Der Kürassier August Hoppe, der schon 2 1/2 Jahre gebient und sich bisher gut geführt hat, stand wegen Wiedereingetretens, tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, Gehorsamsverweigerung und Beharren im Ungehorsam vor dem Kriegsgericht. Hoppe hatte am 11. Februar in der Kantine mit mehreren Kameraden eine Kneipe veranstaltet. Im angetrunkenen Zustande ging er zum Unteroffizier vom Dienst und forderte eine Urlaubskarte. Der Unteroffizier erkannte den Zustand Hoppes und lehnte dessen Gesuch ab. Rummelt versuchte der Angeklagte ohne Urlaubskarte fortzugehen. Am Tor wurde er aber vom Posten angehalten. Der Angeklagte versuchte aber diesen beiseite zu schieben und verfehlte ihm einen Stoß, so daß der Helm vom Kopf fiel. Als der Unteroffizier vom Dienst das sah, befahl er dem Angeklagten, auf seine Stube zu gehen. Das verweigerte dieser, worauf er drei Stunden eingesperrt wurde.

Der Mann wurde in Untersuchungshaft genommen und vor das Kriegsgericht zitiert, wo der Vertreter der Anklage ein Jahr und neun Monate Gefängnis beantragte. Der „Berleider“ lehnte die Verteidigung ab und schloß sich diesem Antrage an. Das Kriegsgericht gab dem Herrn „Verteidiger“, einem Leutnant Freiherr von Giebel, einen Nasenstüber, indem es meinte, der Herr Verteidiger sei mit seiner Reueherung zu weit gegangen; er könne nur dem „Gericht anheimstellen“, die beantragte Strafe über den Angeklagten zu verhängen.

Das Urteil lautete auf ein Jahr und vierzehn Tagen Gefängnis.

Hueland.

Frankreich.

Ein Geistlicher als Totschläger.

Paris, 21. März. (Fig. Ber.)

Der Aufstand der Merikalen hat nunmehr das zweite Menschenleben gefordert. Aber diesmal ist es nicht ein gläubiger Katholik, der im Kampfe gegen die bewaffnete Macht der heidnischen Republik als Märtyrer gefallen ist. Vielmehr ist der Tote ein „Ungläubiger“ und derjenige, der ihn getötet hat, ein Geistlicher der „Religion der Liebe“. Die genauen Umstände sind noch nicht festgestellt. Nur so viel ist sicher, daß eine Merikale Demonstration, die ein Abbé aus Ranch am letzten Sonntag im Nachbarort Saint-Nicolas-du-Port veranstaltete, eine Gegenkundgebung hervorrief. Zwei Vikare, die hernach den Prediger zum Bahnhof begleiteten, wurden von einer Schar höhnender Arbeiter verfolgt. Bei ihrem Wohnhaus angelangt, blieben sie auf der Schwelle stehen und ließen die aufgeregten Leute an sich heranrücken. Ein, wie es heißt, stark angetrunkenen Bergarbeiter Ramens Schoumacher soll nun mit dem Eisen einer Heugabel — die Geistlichen sagen: auch mit einem Messer — auf sie losgestürzt sein. Da feuerte Abbé Claude einen Schuß aus einem Heinkalibren Revolver ab, der Schoumacher tödlich verwundete! Claude besetzte, Abbé Racour, gab aus dem Fenster noch weitere Revolvergeschosse ab, die indes niemand trafen. Bezeichnend für die Moral der Fronnen ist, daß während die Arbeiter den Sterbenden in eine nahe Apotheke trugen, die Beschwestern des Ortes aus den Fenstern riefen: „So ist's recht!“ — Die beiden Pfaffen sind ins Gefängnis von Ranch eingeliefert worden. —

Rehmen ist feiger denn geben.

Paris, 22. März. (B. Z. V.) Bis jetzt haben etwa 15 000 Geistliche wegen des Trennungsgesetzes an das Kultusministerium ihre Pensiongesuche gerichtet. Auf den katholischen Merus entfallen 14 258, darunter 7082 Gesuche um lebenslängliches Ruhegehalt und 7176 Gesuche um vorübergehende Unterstüßungen.

Wo es sich um's Geld nehmen handelt, hat der Merus noch niemals gestreift. —

Italien.

Zur Kritik.

Rom, 22. März 1906. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Der Parteivorstand veröffentlicht im heutigen „Avanti“ eine Erklärung, in der er den Vorwurf der Disziplinlosigkeit gegen die Parlamentsfraktion aufrechterhält, mit Bedauern die ministerielle Haltung des „Avanti“ feststellt und hervorhebt, daß Ferri von der durch den Parteitag zu Bologna gegebenen Richtschnur abgewichen sei.

Der Parteivorstand erklärt zum Schluß, er sehe vertrauensvoll dem Urteil des bevorstehenden Parteitages entgegen. —

England.

Ein Tadelvotum gegen Lord Milner.

London, 21. März. (Fig. Ber.) Heute stellte der liberale Abgeordnete Dyles im Unterhause folgenden Antrag:

„Das Haus tadelt Lord Milner, der als britischer Vertreter in Südafrika das Gesetz gebrochen hat, indem er seine Erlaubnis dazu gab, die chinesischen Arbeiter in Transvaal schweren körperlichen Züchtigungen zu unterziehen. Dies ist eine Maßregel die die Chinesenverträge verletzt, und die noch obendrein ohne Wissen des Kolonialministers getroffen wurde.“

Die liberale Partei ist sich über die Zweckmäßigkeit dieses Antrages nicht einig. Ein anderes Mitglied der Partei, Kapitän Rincard-Smith, beantragte Uebergang zur Tagesordnung, da es im gegenwärtigen Moment „inopportun“ sei, südafrikanische Fragen aufzurollen.

Chamberlain bekämpfte die Resolution unter Hinweis darauf, daß es eine große Ungerechtigkeit sein würde, einem verdienstvollen Staatsdiener wegen eines einmaligen Irrtums, den er selbst eingesehen und bedauert hätte, nachträglich noch ein Tadelvotum zu erteilen. Unterstaatssekretär Churchill schlug ein Amendement zu der Resolution vor, nach dem das Haus erklären soll, daß es zwar das ungesetzliche Auspfeifen verurteilt, aber im Interesse der Veruhigung in Südafrika davon abstehe, jemand persönlich dafür seine Mißbilligung auszusprechen. Die Resolution Dyles wurde schließlich abgelehnt und das Amendement Churchill mit 355 gegen 135 Stimmen angenommen. —

Niederlande.

Zur Abschaffung des Zehntsteuerrechts.

In Niederland, namentlich in den Provinzen Gelderland, Utrecht, Südholland, Seeland und Nordbrabant, haben eine Anzahl Personen noch das Recht, von der Ernte auf landwirtschaftlichen Grundstücken, die im übrigen freies Eigentum anderer sind, Zehnten zu erheben! Die Regierung hat nun einen Gesetzesentwurf eingebracht, der dieses altertümliche private Steuerrecht abschafft. Den Zehnten berechtigten soll das Zwanzigfache des Wertes der Zehnten als Ertrag gezahlt werden. Die Zehntenpflichtigen sollen dafür 30 Jahre hindurch eine Zehntenrente an den Staat bezahlen, wodurch im ganzen ungefähr 20 Millionen Gulden aufgebracht werden, eine Summe, die hinreicht, um die Zehntenberechtigten schadlos zu halten und auch die Kosten der Durchführung des Gesetzes zu decken, die auf 400 000 Gulden berechnet sind. Es ist also jedenfalls dafür gesorgt, daß die Zehntenberechtigten bei dieser Expropriation nicht zu kurz kommen. Sie können wohl im Gegenteile froh sein, daß ihnen statt des unbestimmten, wechselnden Ertrages der Zehnten gewisse Summen garantiert werden, die sie noch dazu ohne jede Schwierigkeit einheimen können. Dagegen sollen die Zehntenpflichtigen auf den letzten Pfennig bezahlen, um endlich eines Tages ledig zu werden, das nicht nur sie selbst, sondern auch die landwirtschaftliche Produktion schwer belastet.

Aus der Partei.

Der Bericht des sozialdemokratischen Zentralkomitees für das Königreich Sachsen für 1905, dessen ersten Teil wir gestern besprochen, bringt in seiner Fortsetzung einen Antrag auf Abänderung des sächsischen Organisationsstatuts, um es den Beschlüssen des Parteitag von Jena anzupassen. Sachsen ist in der Lage, die zentralistische Organisationsform streng durchzuführen; die meisten sächsischen Wahlkreise hatten längst ihren Zentralwahlverein. Der § 1 des Statuts soll deshalb künftig lauten: Die Organisation der sozialdemokratischen Partei in Sachsen wird gebildet durch die sozialdemokratischen Reichstags-Wahlkreisevereine. Erhalten bleibt die Einteilung des Landes in die vier durch Agitationskomitees verteilte Bezirke Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau; an der Spitze der Organisation steht das aus drei Personen bestehende Zentralkomitee, dessen Sitz die Landesversammlung bestimmt. (Vierzig Dresden.) Aus den sonstigen Bestimmungen heben wir hervor: Für Referate ist in der Regel zu zahlen als Mindestentschädigung 5 M., als Höchstentschädigung 10 M. und Fahrgehalt 3. Klasse. — Alljährlich tritt eine Landesversammlung zusammen, die vom Zentralkomitee berufen wird. In dringenden Fällen kann das Zentralkomitee im Einverständnis mit den Bezirks-Agitationskomitees eine außerordentliche Landesversammlung einberufen. Dies muß geschehen, wenn sechs Wahlkreise es beantragen. — Jeder Reichstags-Wahlkreis hat das Recht, vier Delegierte zur Landesversammlung zu entsenden. Außerdem sind stimmberechtigt auf der Landesversammlung: die sächsischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten der Partei, die Mitglieder des Zentralkomitees und der Bezirks-Agitationskomitees. Gleichzeitig mit diesen Änderungen wurde die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher in allen sächsischen Organisationen beschlossen. Die kommunale Praxis ist für die Gemeindeverwaltungsmitglieder der Partei obligatorisch eingeführt worden und hat eine besondere sächsische Beilage erhalten, die Genosse Ernst Schulze-Coschilde redigiert. Sie geht in einer Anzahl von über 1200 den Gemeindeverwaltern zu.

Die Parteipresse hat sich günstig entwickelt. Ihre Abonnentenzahl ist von 134 000 auf 142 000 gewachsen. Für den Wahlkreis Plauen wird demnächst vom Verlag des Zwickauer „Sächsischen Volksblatt“ ein Kopfblatt mit selbständiger Beilage herausgegeben werden; ein Lokalredakteur wird in Plauen eingesetzt.

Für die lebhaft betriebene Agitation wurde außer den Flugblättern zur Landtagswahl und den Gemeinderatswahlen ein einheitliches Flugblatt für das ganze Land in einer Auflage von 920 000 Exemplaren hergestellt. Die Auflage des Agitationskalenders stieg auf 200 000 Stück. Zur Unterstützung der Landtagswahlbewegung gab das Zentralkomitee das erste Ergänzungsheft zur „Sächsischen Politik“ (Verfasser: Emil Kitzsche) heraus. Eine Sammlung von Material gegen das Dreiklassenwahlrecht erschien in der Broschüre: „Zehn Jahre unter dem Dreiklassenwahlrecht“ (Verfasser: Richard Näge).

Ueber den Stand der Organisation gibt der Bericht noch keine Zahlen, er bemerkt aber, aus den bisher dem Komitee eingesandten Fragebogen gehe hervor, daß fast überall ein starkes Anwachsen der Mitgliederzahl vorhanden war.

Der Kassenbericht des Komitees verzeichnet eine Einnahme von 16 451,29 M., eine Ausgabe von 13 286,07 M., einen Kassenbestand von 3165,22 M.

Zum Schluß erinnert der Bericht daran, daß uns nur noch zwei Jahre von den nächsten Reichstagswahlen trennen. Er bemerkt dazu: „Es ist drohlig, daß unsere politischen Feinde sich schon Hoffnungen machen, eine Anzahl Mandate uns entreißen zu können.“

Parteilosen allerorts! Sorgt dafür, daß diese Hoffnung zu einer glänzenden Täuschung wird. . . . Für uns gilt nur die eine Parole: Ueber allen Reichstagswahlkreisen Sachsens muß bei den nächsten Wahlen unser stolzes Banner wehen!“

Eine Erhöhung der Abonnementgebühren auf monatlich 75 Pf. läßt das „Korrb. Volksblatt“ in Vant eintreten. Es begründet die Maßregel mit der fortgesetzten Verteuerung der Rohmaterialien und der Herstellungslofen überhaupt.

Pollzliches, Gerichtliches usw.

Eine große Staatsaktion scheint die Staatsanwaltschaft in Sommer zu planen. Sie hat auf Grund der bekannten Kundverfügung des Justizministers vom 26. Januar 1906 wegen des Flugblattes vom 22. Januar die Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 130, 77 des Str.-G.-B. gegen den Mitinhaber der Buchdruckerei Vorwärts, Genossen Hermann Schubert, erhoben. Außerdem sind angeklagt wegen Verbreitung des Flugblattes die Arbeiter Braun und Genossen in Gommern und der verantwortliche Redakteur Genosse Freygang - Rahnsdorf. Schubert wurde gestern von dem Untersuchungsrichter in Roabit vernommen und lehnte selbstverständlich jede Auskunft über Verfasser und dergleichen ab.

Eine andere Haltung nimmt die Danziger Staatsanwaltschaft ein. Sie hat vier Genossen, die wegen Verbreitung der Wahlrechtsflugblätter in Untersuchung gezogen waren, mitgeteilt, daß das Verfahren wider sie eingestellt wird und die beschlagnahmten Flugblätter freigegeben werden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Spezialberatung des Entwurfs des Stadthaushaltsplans für 1906, an der Hand der Berichte des Haushaltsausschusses. Nicht weniger als 20 Spezialrats hat letzterer bereits in einer Sitzung erledigt.

Ueber die Etats „Grundstücke in der Stadt“, „Ländliche Grundstücke in und außerhalb sowie Wirtschaftsflächen außerhalb der Stadt und Kalksteinbruch zu Rüdersdorf“ und „Verrechnungen“ referiert Stadtrat Antrich (Soz.). Der Etatsausschuß hat den folgenden Generalvorbehalt beschlossen: Die Bewilligung der neuen Stellen und der Gehaltsverbesserungen im Etat erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung zu den betr. Magistratsvorlagen.

Die Versammlung tritt diesem Vorbehalt ohne Debatte bei und genehmigt die genannten Etats unverändert.

Referent für die Etats der 6 städtischen Krankenhäuser ist ebenfalls Stadtrat Antrich. Im Etat für das Krankenhaus „Friedrichshain“ ist eine Gehaltserhöhung für die Apotheker und Prospektoren an den städtischen Krankenhäusern vorgeschlagen. Der Ausschuh hat dies für nicht zulässig erachtet und empfiehlt, den betr. Antrag dem Ausschuh für die Gehaltserhöhungen usw. zu überweisen. Ferner hat er an der Ausgabe für „Verpflegung“ 63 000 M. gestrichen und nur 40 000 M. eingestellt. Endlich wird folgende Resolution empfohlen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, zur besseren Uebersichtlichkeit des Etats die Durchschnittsziffer für die einzelnen Lische bei den Krankenhäusern in den Erläuterungen anzugeben.“ Im Ausschuh ist auch eingehend auf die Klagen des Krankenhauspersonals hingewiesen worden; ungenügende Löhne, schlechte Verpflegung und Behandlung bildeten nach wie vor den Gegenstand ständiger Beschwerden, insbesondere führten die unteren Beamten gegen die organisierten Krankenschwestern einen gehässigen Streik. Die Magistratsvertreter hätten aber alles bestritten; in „Roabit“ seien Entlassungen erfolgt, aber wegen Aufhebung und ungebührlichen Benehmens, nicht wegen der Zugehörigkeit zum Verband.

Stadtrat Walsch (N. L.): Die Charité soll nach Zeitungsberichten den Kurkosten für Kinder von 2 M. auf 2,50 M. erhöht haben. Wir sind bei diesen Sätzen sehr hart beteiligt. Der Magistrat sollte die Erhöhung des Satzes auch in unseren Anstalten trotz des ablehnenden Standpunktes, der die Mehrheit der Versammlung vor kurzem eingenommen hat, erneut ins Auge fassen.

Ohne weitere Diskussion beschließt die Versammlung nach den Ausschuhentwürfen.

Auch die Etats für die Krankenhäuser „Roabit“, „Urban“, „Gitschinerstraße“, „Birkow-Krankenhaus“ gelangen en bloc zur Annahme.

Ueber die Etats für das Armenwesen berichtet Stadtrat Dr. Bülow.

Im Anschuh ist ein Antrag auf Erhöhung der Pflegegebühre für Erwachsene und Kinder abgelehnt, ebenso ein Antrag, der darauf abzielte, die Unterbringung armer und kranker Personen in die Heilstätten und Heimstätten zu erleichtern und zu diesem Zweck eine Summe von 60 000 M. in den Etat für 1906 einzusetzen.

Beide Anträge werden heute im Plenum von den sozialdemokratischen Mitgliedern wieder aufgenommen.

Stadtrat Dintze (Soz.): Wir hoffen, das Plenum wird zu einer anderen Ansicht kommen als der Ausschuh. Die Preissteigerung der Lebensmittel und der Mieten ist natürlich auch an den Armenempfängern nicht ohne Wirkung vorübergegangen. Wir halten für notwendig, die Armenkommissionen zu ermächtigen, die bisherigen Sätze für Erwachsene und Kinder von 20 bzw. 6—9 M. auf 30 bzw. 9—12 M. zu erhöhen. Die meisten Unterstützten erhalten ja zurzeit nur geringe Pflegegebühren, 6—9 M. Mehr als die Hälfte der Armenempfänger ist über 65 Jahre alt. Die bisherigen Sätze genügen absolut nicht mehr, auch nicht für die Kinder, von denen beinahe die Hälfte heute noch mit monatlichen Beträgen unter 6,50 M., also mit circa 20 Pf. pro Tag, abgespeist werden. — Zum Zweck der Unterbringung von Personen in Heil- und Heimstätten sind 1904 100 000 M. ausgegeben worden, wovon die kleinere Hälfte aus Wohltätigkeitsfonds floß. Die Armenverwaltung hatte in den Etat für 1906 zu diesem Zweck 150 000 M. einzusetzen beantragt, der Magistrat aber hat das abgelehnt, nachdem der Kommerer ausgeführt hatte, daß es zweifelhaft sei, ob man innerhalb der öffentlichen Armenpflege solche Dinge in größerem Umfang betreiben dürfe, daß im Etat für das Armenwesen nur wirkliche Armenpflege Platz finde und Wohltätigkeit in größerem Maße auszuscheiden habe. Dem gegenüber ist hervorzuheben, daß schon eine Reihe anderer Kommunen, so Königberg, im Sinne unseres Antrages vorgegangen sind. Namentlich im Interesse unserer ärmeren Bevölkerung und ganz besonders im Interesse der Kinder muß hier die vorwiegende Krankenpflege eingreifen. Wir beantragen also, die 60 000 M. für 1906 zur Gewährung an Heilstätten usw. einzusetzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Liebenow (N. L.) tritt diesen Anträgen entschieden entgegen. Schon jetzt hätten die Kreisversammlungen in besonderen Fällen Almosen bis zu 30—40 M. bewilligt, was die Geschäftsanweisung gestatte. Die Stadt tue auf diesem Gebiete voll und ganz ihre Pflicht und sei nie engergig verfahren. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Bezüglich der Heilstättenpflege könnte man höchstens in einer Resolution den Magistrat zur Erwägung der Sache auffordern.

Stadtrat Dintze: Die Armenkommissionsvorsitzer bringen keineswegs die bezüglichen Gesuche alle vor die Kreisversammlungen. (Große Unruhe und Widerspruch.) Ich könnte Ihnen dafür eine ebenso lange Liste vortragen wie vor 3 Jahren. Die Vorsitzenden erklären, daß die bisherigen Sätze nicht genügen. Im Durchschnitt erhält ein Armenempfänger mit eigener Wohnung monatlich 21 M., d. h. 70 Pf. pro Tag oder so viel, wie Postor v. Bodelschwingh als Zuschuh für jeden Pflegling in „Hoffnungsthal“ verlangt! Wir nehmen für die Versammlung das Recht in Anspruch, eine solche Summe in die Ausgaben neu einzuführen; für die Balanzierung des Etats wird der neue Kommerer schon sorgen! (Große Heiterkeit.)

Stadtrat Liebenow: Mit seiner langen Liste vor 3 Jahren hat Herr Hingke Pisto gemacht; er braucht ja bloß seinen Kollegen Antrich zu fragen.

Stadtrat Münsterberg: Die Frage des Existenzminimums hier aufzurollen ist nicht opportun. Wenn den Armenkommissionsvorsitzern Mangel an Pflichtgefühl vorgetworfen wird, so tritt man dadurch nur unferem blühenden und gedeihenden ehrenamtlichen Verwaltungswesen zu nahe; ich protestiere daher mit allem Nachdruck gegen eine solche Behauptung. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtrat Bergmann (Soz.): Die gegenwärtigen Sätze bestehen schon seit mehr als einem Jahrzehnt, und die Existenzverhältnisse haben sich in dieser Zeit ganz außerordentlich verändert. Die Armenkommissionen haben heute nicht das Recht, über 20 M. hinauszugehen; sie müssen sich erst an eine übergeordnete Instanz wenden. Das Richtige wäre, eine generelle Erhöhung zu beschließen.

Stadtrat Liebenow bemerkt, daß an Armenempfänger 1/2 Million Ergtraunterstützungen gezahlt werden.

Stadtrat Hingke: Nach dem Armenetat sind es nur 155 000 M., mit allen weiteren Ergtraunterstützungen kommt allerdings etwa 1/2 Million heraus (Nal), aber Herr Liebenow hat nur von den Armenempfängern gesprochen. Es steht fest, daß zahlreiche Petenten von den Armenkommissionsvorsitzern abgewiesen werden, zum Teil mit großer Härte. (Deutlich Widerspruch bei der Mehrheit.) In manchen Fällen habe ich durch persönliche Intervention erneute Untersuchung durchgesetzt.

Nach einer nochmaligen Erwiderung des Stadtrat Liebenow wird der erste Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt; für denselben stimmen auch die Soz.-Fortschritt. Der zweite Antrag fällt gegen die Stimmen der Antragsteller und des Stadtrat Müllers.

Der Etat für das Armenwesen wird unverändert genehmigt. Die Etats für das Friedrich-Wilhelms-Hospital für Männer und die Siechenanstalt in der Gröbelsstraße und für das Friedrich-Wilhelms-Hospital für Frauen in der Rallsodenstraße gelangen en bloc unverändert zur Annahme, ebenso der Etat „Waisenerziehung im engeren Sinne“.

Zum Etat der „Fürsorgeerziehung“ bemerkt Stadtrat Dr. Bernheim (Soz.): Das Reglement für unsere Anstalt sieht auch die Prügelstrafe als Erziehungsmittel vor. Man darf nicht bei der Fürsorgeerziehung an den Symptomen herumspukeln; bei den meisten oder doch bei vielen Jungen kommt hier ein krankhafter Seelenzustand in Frage. Ich erinnere an das Drama, welches sich vor Jahresfrist in Roabit mit dem jugendlichen Wärdler Große abgespielt hat. Die Prügelpädagogie in Richtenberg muß aufhören. Es kann vielleicht vorkommen, daß der Erzieher selbst bedroht wird und ihm die Gasse so überläuft, daß er zum Stoß greift. Aber einen Jock hat das Prügeln nie. Es kommt auf den Geist an, der eine Anstalt beherrscht, nicht auf das Reglement. Wir Sozialdemokraten urteilen von der Warte der sozialen Erkenntnis und bitten den Magistrat, die Prügelstrafe abzuschaffen.

Stadtrat v. Friedberg: Man muß nach den tatsächlichen Verhältnissen urteilen. Die Fürsorgezöglinge sind eben erst über das Schulalter hinaus und doch zum Teil schon Verbrecher und Zuhälter. Der Erziehungsdirektor hat allein die Vollstreckung zu vollziehen, es sind alle Vorkehrungsmaßnahmen gegeben, daß nur im äußersten Falle geprügelt wird; es wird eine Liste über die Straffälle geführt. Zu dem Vorwurf, daß eine Anzahl der Zöglinge geistig minderwertig sei, bemerke ich, daß jeder Zögling bei der Aufnahme geprüft wird, ob er nicht einer anderen Anstalt zuzuführen ist. Epileptiker werden in keinem Falle geschlagen.

Der Etat wird genehmigt.

Zum Etat für das Arbeitshaus in Rummelsburg nimmt Stadtrat Hoffmann (Soz.) das Wort, um eine Erweiterung der Mäulichkeiten zu bestritten. Wiederum erhebt er Einspruch gegen den Vorschlag für die Photographierung der Häftlinge, einen bloßen Sport des Vorsitzenden, womit für die Exzessivität von Mäulichkeiten absolut noch nichts erreicht worden sei. Habe doch auch die Polizei mit all ihrer Photographiererei den Heimg nicht gefangen! Es ziemt sich für die Stadt Berlin ein solches Verbrecheralbum nicht.

Am Magistratsische bleibt es still; der Etat wird ohne weitere Diskussion bewilligt.

Der Etat für das städtische Obdach gibt dem Stadtrat Hoffmann (Soz.) Gelegenheit, diesmal auch ein Wort der Anerkennung zu sagen. (Allgemeines Ahl und Heiterkeit.) Dieses Lob konnten Sie schon Jahre früher haben, aber Ihre Einsicht ist eben zu spät gekommen. (Heiterkeit.) Mit dem neuen Inspektor ist auch ein neuer, besserer Geist eingezogen; auch das liebenswürdige Wesen des Stadtrat Jacoby, der Herrn Stadtrat Fischel vertrat, hat ein gut Teil zu dieser Verbesserung beigetragen (Heiterkeit). Auch der neue leitende Arzt der Geschlechtskrankenabteilung hat Reformen durchgeführt, die, als wir sie verlangten, von seinem Vorgänger einfach als „Unfug“ abgewiesen wurden. Offenlich werden wir diese Station noch los, denn wir brauchen den Raum für das Hausdienerpersonal. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Stadtrat Werner ruft wiederholt: Lauter!, nachdem der Redner die Tribüne verlassen hat!)

Stadtrat Fischel: Herr Stadtrat Jacoby lehnt durch mich diese Anerkennung ab. (Heiterkeit.) Der neue Inspektor ist auf meinen Vorschlag gegen die Stimmen der Herren Hoffmann und Augustin gewählt worden. (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtrat Ritter (Fr. Fr.) gibt dem Stadtrat Fischel namens des übrigen Obdachratoren ein ausdrückliches Vertrauensvotum.

Stadtrat Hoffmann: Wenn wir den Herrn nicht gewählt haben, ist doch unser Lob um so unbedächtiger. In der Zeit, wo Stadtrat Fischel durch Herrn Jacoby vertreten wurde, ist es im Kuratorium am besten gegangen. (Heiterkeit.)

Der Etat wird genehmigt. Ueber die folgenden Etats referiert Stadtrat Friederici (N. L.)

Der Etat für die Irren- und Idiotenanstalt Dall-dorf passiert ohne Debatte, ebenso derjenige für die Irrenanstalten Herzberge und Buch, sowie für die Anstalt für Epileptische Wuhlgarten bei Biesdorf.

Damit ist für heute die Staatsberatung beendet. In den Etat sollen außer den bereits beantragten und genehmigten neuen und erhöhten Zuwendungen an gemeinnützige Anstalten, Vereine und dgl. noch eingelegt werden: 300 M. für den Verein pensionierter Feuerwehmannschaften zu Berlin.

1000 M. für den Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene Kinder.

Der eingesezte Sonderausschuß hat beide Positionen zu genehmigen empfohlen, die zweite jedoch nur „unter der Bedingung, daß dieser Beitrag nur zur Unterbringung und Ueberwachung derartiger aus der Schule entlassener Kinder Verwendung findet“.

Die Versammlung tritt den Ausschuhentwürfen ohne Debatte bei. Den Antrag Kasel betr. die Erhöhung der Gehälter der nichttechnischen (juristischen) Magistratsmitglieder hat der betr. Ausschuh angenommen und zwar die Erhöhung des Anfangsgehalts von 8000 auf 8500 M. mit 6 gegen 3 Stimmen. Das Höchstgehalt von 12 000 M. soll in sieben Stufen zu 500 M. nach je zwei Jahren, also in 14 Jahren erreicht werden. Diese Bestimmung ist einstimmig zur Annahme gelangt. Berichterstatter ist Stadtrat Mischele.

Ohne Debatte stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

Die Vorlage wegen der Stellen der leitenden Aerzte der Abteilungen des Rudolf-Birkow-Krankenhaus ist vom Ausschuh mit erheblichen Modifikationen angenommen worden, indem u. a. das Gehalt des Berliner Aerzteeinzel für physikalisch-diätetische Therapie teilweise Verdrängung gefunden hat. Der Antrag, auf je 100 bis 150 Kranke einen dirigierenden Arzt anzustellen, hat keine Mehrheit gefunden. Beschlossen wurde die Einrichtung einer urologischen Abteilung auf der äußeren Station, der ein dirigierender, chirurgisch gebildeter Urologe mit 3000 M. Gehalt vorstehen soll; ferner die Vereinigung der hydrotherapeutischen Anstalt mit dem medizinisch-mechanischen Institut unter einem selbständigen Leiter; auch das Röntgen-Institut soll einen solchen erhalten. Der letztere wird mit 4000, der Therapeut mit 3200 M. Gehalt dotiert. Ferner empfiehlt der Ausschuh die Zulassung eines approbierten Zahnarztes und Einstellung von 1000 M. für zahnärztliche Behandlung in den Etat des Krankenhauses. Berichterstatter ist Stadtrat Landau (N. L.)

Stadtrat Sachs (N. L.): Die Vorlage verlangt für die Geschlechtskrankenabteilung 3 dirigierende Aerzte, von denen der eine urologisch vorgebildet sein soll. Professor Landau und sämtliche Aerzte im Ausschuh behaupten nun, die Urologie habe mit den Geschlechtskrankheiten nichts zu tun und man brauche einen besonderen Urologen mit chirurgischer Vorbildung. Für einen solchen aber wird kein ausreichendes Krankematerial vorhanden sein. Wir stellen so wie so einen zweiten Chirurgen mit urologischer Vorbildung an, da brauchen wir keinen besonderen Urologen. Ich bitte daher, diesen Antrag des Ausschusses abzulehnen. Das Birkow-Krankenhaus ist von vornherein überhaupt viel zu groß angelegt.

Stadtrat Weigert: Der Magistrat hat neuerdings eine Rundfrage an die drei Krankenhausdirektionen erlassen. Danach ergibt sich, daß für speziell urologische Fälle durchschnittlich nur 8 Betten in den letzten 3 Jahren erforderlich waren. Hiernach dürfte der Magistrat für den Augenblick sich nicht für die Einstellung dieses Spezialisten entscheiden.

Stadtrat Dr. Wehl (Soz.): Wir stehen durchaus auf dem Boden der Ausschuhentwürfe, die zu unserer Genugtuung den von uns in der ersten Lesung gegebenen Anregungen entsprechen. Was die urologische Station betrifft, so sind alle 5 Aerzte des Ausschusses derselben Meinung gewesen und die Räter haben sich vor dieser Uebereinstimmung gebeugt. Herr Sachs hat sich nun privatim bei Aerzten erkundigt, die die Urologie so nebenbei betreiben. Aber die Urologie ist eine selbständige Wissenschaft und darf im neuen Krankenhaus nicht als Aschenbrödel behandelt werden. Im Interesse der Wissenschaft, Kranken muß eine selbständige Station vorhanden sein; diese Kranken dürfen schon aus äußeren Gründen nicht auf die Geschlechtskrankenstation gelegt werden.

Auch in letzter Zeit sind zahlreiche Abweisungen Kranker in unseren Krankenhäusern wegen Raummangels erfolgt, wie die amtlichen Rapporte ergeben, in vier Monaten nicht weniger als 575. Auch Herr Sachs hat diese Rapporte erhalten und dennoch tut er jetzt so, als ob wir das Birkow-Krankenhaus überhaupt nicht würden füllen können!

Oberratsmeister Kirchner tritt der Auffassung entgegen, daß medizinische Gesichtspunkte hier allein entscheiden könnten. Die Aerzte lieben die Verwaltungs- und organisatorischen Rücksichten zu sehr außer acht. Die Stadt habe nicht sowohl auf urologische Fälle, als vielmehr auf die Armen-Krankenpflege Rücksicht zu nehmen, die ihr gesetzlich obliege. In keinem dringlichen Falle sei ein Kranker abgewiesen worden. Für alle Eventualitäten, auch für die leichteren Fälle zu sorgen, gehe über die Verpflegung und Fähigkeit der Stadt hinaus.

Stadtrat Langerhans spricht sich entschieden gegen die Anstellung eines Urologen aus, denn für solche Kranke sei in dem Krankenhaus überhaupt kein Platz.

Stadtrat Straßmann gibt sich ebenfalls große Mühe, die selbständige urologische Abteilung als überflüssig darzustellen.

Stadtrat Wehl: Die Ausführungen des Oberbürgermeisters bekunden wieder eine gewisse Antipathie gegen alle Vorschläge, die von Aerzten ausgehen. Die Blasen- und Blasensteinkranken und dergleichen, die jetzt in Privatkliniken behandelt werden, sind nicht etwa Wohlhabende.

Hierauf stellt sich die Beschlusunfähigkeit heraus und die Sitzung muß gegen 1/10 Uhr abgebrochen werden.

Gewerkschaftliches.

Der ehrsame Bürger in der Streifpostenfalle.

Beim Streik in der Buchbinderei von Kämmerer in der Kochstraße zu Berlin tat sich die Polizei im Kampfe gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Streifposten und gegen sonstige Verdächtige ganz besonders hervor. Der „Vorwärts“ wußte mancherlei Schönes davon zu berichten. Der Redakteur Erdmannsdorffer von der „Berliner Morgenpost“ fand einige der mitgeteilten Tatsachen so ungeheuerlich, daß er meinte, nicht eher daran glauben zu können, bis er sich selbst davon überzeugt hätte.

Als Polizeistudent fand er sich an einem schönen Tage in der Nähe des Kämmererischen Betriebes ein und ging

dort auf und ab. Es war vor 12 Uhr mittags. Wenige Minuten nur, und der Schuhmann küßte ihn weg. Ob er da etwas zu tun habe, meinte der Hüter des Gefängnisses. Das gehe dem Schuhmann gar nichts an, war die Antwort. Worauf Herr Erdmannsdorffer aufgefordert wurde, im Interesse der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs weiterzugehen. Der Schuhmann dachte dabei an den Wortlaut der überall erlassenen Straßenpolizeibehörderricht, wonach zu befolgen sind die Aufforderungen von Polizeibeamten, welche zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehen. Herr E. kam dem Verlangen des Beamten nicht sofort nach, sondern erklärte, er werde weitergehen, wenn es ihm passe. Als er nach einigen weiteren Minuten sich nach seiner in derselben Straße befindlichen Redaktion begeben wollte, sistierte ihn der Schuhmann und nahm ihn mit zur Wache.

Es folgte ein Strafverfahren wegen Uebertretung der fraglichen Vorschrift der Berliner Straßenpolizeiverordnung. Der Angeklagte wurde auch in zweiter Instanz vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Es stehet ungewiss fest, meinte das Landgericht, daß die Aufforderung des Schuhmanns, weiterzugehen, ergangen sei im Interesse der Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs auf der Straße. Es hätten schon mal an einem anderen Tage Reibereien zwischen Arbeitswilligen der Firma und Streikenden stattgefunden. Es sei gegen 12 Uhr mittags gewesen. Der Schuhmann sei bei seiner Aufforderung von der Erwägung ausgegangen, daß es, wenn Angeklagter da stehen bleibe, bis die Arbeitswilligen beim Eintritt der Mittagspause den Betrieb vertreiben, leicht zu Reibereien zwischen Arbeitswilligen und Streikenden kommen könnte. Angeklagter hätte der Aufforderung als bald folgen müssen. Es wäre unerheblich, daß er sich dort aufgehalten habe, um für seine Zeitung ein Bild vom äußeren Verlauf des Streiks bei Kammerer zu erlangen.

Erdmannsdorffer legte Revision ein, über die der erste Straßengericht des Kammergerichts am 22. März zu befinden hatte. Rechtsanwalt Moses vertrat das Rechtsmittel. Er ging auf die besonderen Umstände dieses Falles ein und hob unter anderem hervor, daß das Verweilen des Redakteurs, der seinem Blatte ein Stimmungsbild liefern sollte, ganz unmöglich die Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs hätte stören können. Es habe sich in seiner Person doch weder um einen Arbeitswilligen, noch um einen Streikenden, noch etwa um einen Agitator gehandelt, der mit dem Streik irgend etwas zu tun hätte.

Der Oberstaatsanwalt verwies auf die Praxis des Kammergerichts — das bekannte Schema — und betonte, daß die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit einer solchen polizeilichen Anordnung nicht nachzuprüfen sei.

Der Angeklagte selber hielt dem entgegen, daß die Ausschließung einer derartigen Nachprüfung des Handelns des Schuhmanns zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen müßte. Er trug noch einmal den Vorgang vor und teilte dabei mit, daß er nachrecherchiert habe wollen, ob die Mitteilungen einer anderen Zeitung („Vorwärts“) zuträfen, wonach eine wahre polizeiliche Schreckensherrschaft in der Kochstraße etabliert sein müßte. Bei seinen weiteren Darlegungen unterbrach der Senatspräsident den Angeklagten mit einem Hinweis darauf, daß an den tatsächlichen Feststellungen in dieser Instanz nicht zu rütteln sei. Angeklagter verlas dann noch Stellen aus der „Kölnischen Zeitung“, dem sonst einseitigen Unternehmerblatt, worin selbst dieses die unteren Instanzen gegen die Jurisdiktion des Kammergerichts bezüglich der Streikposten scharfmacht und von unhaltbaren Zuständen spricht, die jedem Besseren dem Willen des Schuhmanns ausliefern und den Schuhmann zu einem über Gesetz und Gericht stehenden Beherrscher der Straße machten.

Das Kammergericht verwarf die Revision mit der Begründung, daß es dabei bleibe, daß sich kein Individuum hinwegsetzen dürfe über die Aufforderung eines Polizeibeamten, die, wie hier tatsächlich festgestellt, zu dem Zwecke ergehe, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs zu erhalten.

Die konsequente Unterordnung des Kammergerichts unter die Rechtsbegriffe der in der Kaserne juristisch gedrückten Schuhmannschaft wird so lange dauern, bis auch einmal ein Kammergericht den Weg zur Polizeiwache antreten muß und dann das Bedürfnis empfindet, die Auffassung der Schuhmannschaft über die Verletzung ihrer Anordnungen nicht als tatsächliche Feststellung, sondern als Rechtsauslegung anzusprechen.

Bis dahin können wir uns weiter dem diabolischen Vergnügen darüber hingeben, daß die Anordnungen der Polizei zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit so gründlich zerstören, daß die sanftesten Spießbürger darüber in helle Kaserne geraten. — Verweis: der Fall Erdmannsdorffer!

Berlin und Umgegend.

Brandstreich im Berliner Holzarbeiterberuf. Von den Stellmachern befinden sich seit Montag 470 Mann im Streik. Davon waren 350 in Stellmachereien und 120 in Wagenfabriken beschäftigt. Ihre Forderungen lauten auf Einführung der 62stündigen Wochenarbeitszeit, ferner auf Zahlung eines Mindestlohnes für Stellmacher von 55 Pf., für Assistenten von 55 Pf. und für Assistenten von 68 Pf. pro Stunde, sowie eines Zuschlages von 10 Prozent auf die zurzeit gezahlten Löhne mit der Maßgabe, daß durch diesen Zuschlag auch für die schlechtesten entlohnten Arbeiter der Mindestlohn erreicht wird; schließlich auf eine Erhöhung der Affordräge und Einführung des partiellen Arbeitsnachweises. Die Unternehmer haben nun am Mittwochabend in ihrer Generalversammlung beschlossen, sich in keinerlei Verhandlungen einzulassen und auch nichts zu unterschreiben. Neue Bestellungen wollen sie nicht mehr annehmen, sondern nur noch die vorliegende Arbeit mit den Lehrlingen fertigstellen lassen. Dies Verhalten ist um so schmerzlicher, als der Innungsvorstand bei den Verhandlungen am letzten Sonnabend die Forderungen der Stellmacher selbst als berechtigt anerkannt hatte. Freilich meinten die Herren auch damals: Bewilligen könnten sie trotzdem nichts, weil sie angeblich selbst zu wenig an den Arbeiten verdienen. Mit diesem Verdienst scheint es indessen noch nicht so schlecht bestellt zu sein, sonst würden sie es sich wohl kaum leisten können, einen Beschluß auf Zurückweisung der neuen Bestellungen zu fassen. Denn daß sie damit ihren eigenen „geringen“ Verdienst erhöhen und etwa auch die Streikenden in ihren Forderungen irgendwie wankend machen können, das glauben die Wagenfabrikanten und Innungsmeister doch wohl selbst nicht.

In der Kältebranche freieren zurzeit circa 70 Mann in 14 Werkstätten. Sie fordern einen Affordragszuschlag von durchschnittlich 7 Prozent. Am Mittwochabend fanden mit den gesamten Meistern

Verhandlungen statt, die jedoch kein endgültiges Ergebnis zeigten. Doch versprachen die Meister, am Donnerstag nochmals mit ihren Beuten zu verhandeln und sich dann zu erklären, wieviel sie in jeder Werkstatt zu bewilligen gedenken.

Die Korbmacher der Grünbranche haben ihre Lohnbewegung jetzt mit Erfolg beendet. Durch ihr einmütiges Vorgehen in den einzelnen Werkstätten haben sie die Arbeitgeber bezwungen, die Wochenarbeitszeit von 58 auf 55 Stunden zu verkürzen und den Affordragszuschlag um 10 Prozent zu erhöhen. Der Tarif ist gegenwärtig bereits in allen Werkstätten zur Anerkennung und Durchführung gebracht.

Die Tischler der Küchenmöbelbranche befinden sich ebenfalls in einer Lohnbewegung. Sie fordern die Anerkennung eines Grundtarifs mit erhöhten Lohnsätzen. Die Lohnsätze der einzelnen Werkstatt-Tarifs sollen eventuell durch Streiks soweit erhöht werden, daß sie dem aufgestellten Grundtarif gleichkommen. Bisher haben bereits fünfzehn Werkstätten, in denen gestreikt werden mußte, die Forderungen bewilligt. Den übrigen Arbeitgebern dürften die gleichen Forderungen während der nächsten Wochen vorgelegt werden.

Bei der Firma Edinson, G. m. b. H., Süd-Ufer 24/25, wurden gestern morgen sämtliche sechs Packer entlassen, weil sie sich weigerten Ueberstunden zu machen. Als Arbeitswillige hingenen ein dort beschäftigter Tischler und ein Mechaniker. Vor Zugung wird gewarnt.

Bereinigung der Hausdiener, Packer und Geschäftskutscher.

Sanarbeitsverweigerung am Charlottenburger Schiller-Theater.

Die Maurer am Schiller-Theater in Charlottenburg sind ausgesperrt. Herr Oberbürgermeister Schuster sprach in der letzten Stadtverordnetenversammlung von einem aus Uebermut unternommenen Streik. Sollte Herr Schuster seine Weisheit von Herrn Maurermeister Baetge haben, so ist es ja erklärlich, wie er zu einem solchen Urteil kommen konnte, obgleich der Tatbestand ein ganz anderer ist.

In einer Versammlung der Aussperrten wurde folgendes festgestellt:

Dem Herrn Maurermeister Baetge aus Spandau sind die Maurerarbeiten angeblich von einer Münchener Firma übertragen worden. Die städtische Bauverwaltung verlangt eine gute und solide Arbeit, welche auch von den Maurern, welche dort in großer Zahl circa 15 Wochen beschäftigt sind, hergestellt wurde.

Dies ging aber dem Herrn Baetge gegen den Strich. Er nahm es mit der Qualität der Arbeit nicht so genau, sondern sah mehr auf das Quantum. Die Maurer konnten aber Herrn Baetge in dieser Beziehung nicht entgegenkommen, weil sie sich sagten: „Von der Bauverwaltung wird gute Arbeit verlangt und wir sind als Steuerzahler zugleich Bauherren.“ Sie stellten daher, ohne Rücksicht auf das Quantum nur gute und solide Arbeit her.

Herr Baetge glaubte nun sein Ziel vor einiger Zeit durch Mahnung einiger Kollegen zu erreichen. Durch Verhandlung der Bauverwaltung wurden aber die Mahnungen rückgängig gemacht und Herr Baetge erklärte sich im Laufe der Verhandlungen bereit, alle Beschwerden sofort den Baudeputierten zu unterbreiten und nicht gleich das schärfste Mittel, die Entlassung in Anwendung zu bringen. Aber nicht nur die Ausführung der Arbeit führte zu Differenzen. Es sind nach Aussage der dort beschäftigt gewesenen Maurer fünf Unfälle vorgekommen, welche alle auf die Mängel des Gerüstbaus, der Abdeckungen und der Schuttdächer zurückzuführen sind. Die Maurer sind wiederholt wegen Abstellung dieser Mängel vorstellig geworden. Als Antwort bekamen am Sonnabend, den 10. d. M., nun alle 68 Maurer ihre Entlassung mit dem Bemerkten, die Wände zu räumen und das Gerüst event. in die Zementtische zu stellen; es kämen am Montag Affordragsmänner. Die Affordragsmänner kamen dann auch am Montag.

Herr Schuster! Wo ist da die ArbeitsEinstellung? Wo ist der Streik aus Uebermut? Eine Aussperrung ist es, wie sie strafbar nicht gedacht werden kann. Es ist selbstverständlich, daß nach dem die Maurer ausgesperrt sind, jeder verständige Maurer den Bau zu meiden hat.

Deutsches Reich.

Die Tischler sind am Mittwoch in Frankfurt a. D. in den Streik getreten. Gefordert wird dort die neunstündige Arbeitszeit an Stelle der bisherigen zehnstündigen. Die Arbeitgeber lehnten jedes Entgegenkommen scharf ab. Ausgenommen von dem Streik ist nur eine größere Firma. Es ist selbstverständlich Pflicht für jeden organisierten Tischler, den Zugung nach Frankfurt a. D. fernhalten zu helfen.

Maurerstreik in Schneidemühl. Die Maurer in Schneidemühl sind in eine Lohnbewegung getreten; sie verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes, die von den Arbeitgebern mit Rücksicht auf die abgesetzten Bauten jedoch abgelehnt wurde. Statt dessen haben sämtliche Bauunternehmer Schneidemühs am Sonnabend einen großen Teil Maurer entlassen. Als Ersatz sind bereits gegen 50 der hier so beliebten Italiener eingetroffen. Ein weiterer Transport soll noch in dieser Woche eintreffen.

Die Arbeiterinnen der Buchdruckerei von Velhagen u. Klasing in Bielefeld haben ihren Streik ausgegeben, ohne die Hauptforderung, die Wiedereinstellung von vier gemahregeltem Kommissionsmitgliedern, durchsetzen zu können.

Die Dresdener Buchdrucker hielten am Dienstag eine Versammlung ab, die sich mit der Haltung der „Sächs. Arbeiterzeitung“ Herrn Rexhäuser gegenüber beschäftigten sollte. Eine scharf gehaltene Resolution gegen die „Arbeiterzeitung“ wurde abgelehnt.

Die Schuhmacher in Jena haben den Meistern anfangs März einen neuen Tarif vorgelegt, der eine ungefähre 20prozentige Lohn-erhöhung vorsieht. Damit kamen sie aber bei den Meistern schon an. Unter Führung der Innung wurde den Gehältern ein Gegen- tarif unterbreitet, der in einzelnen Punkten sogar die bisherigen Lohnsätze unterbot. Außerdem suchten sie die ganze Sache möglichst bis Ostern zu verschleppen. Darauf haben die Gehältern den Meistern ein Ultimatum gestellt und wollen noch im Laufe dieser Woche kündigen, wenn ihnen nicht das nötige Entgegenkommen bewilligt wird. Der Lohnkommission gehören Verbands- und Gewerksvereinsmitglieder an. — Der Streik der Steinarbeiter bei der Firma G. Conrads in Jena dauert fort.

Schuhmacherbewegung in Nürnberg. Die Arbeiter des Hauptbetriebes der Vereinigten Frankfurter Schuhfabriken in Nürnberg sind in eine Bewegung eingetreten. Sie fordern die neunstündige Arbeitszeit ohne Lohnminderung und Freigabe des ersten Mal. Ferner haben die in den Werkstätten und Reparaturwerkstätten inl. der Schneidlocherien beschäftigten Schuhmacher eine Tarifbewegung inszeniert. Gefordert wird unter anderem der zehnstündigen, Lohnminderung von 2 M. pro Woche, Festsetzung von Mindestlöhnen, Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, Vereinfachung der Heimarbeit und in den Fällen, wo sie nicht zu vermeiden ist, Extrabehaltung von 15 Proz. für jede Arbeit, Abschaffung des Kost- und Logiswessens, unentgeltliche Lieferung der Futuraturen. Der Tarifvertrag soll auf ein Jahr abgeschlossen werden.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Wahren ist jetzt beschlossene Sache. Zur Aufbringung der Kosten hat jedes Mitglied der modernen Gewerkschaften einen Wochenbeitrag von 3 Pf. zu leisten. Mit der Einhebung der Beiträge wird am 1. April begonnen. Am 1. Juli tritt das Institut ins Leben.

Die Bäckergehältern in München haben den im Jahre 1904 mit der Bäckereinnung abgeschlossenen Tarif für den 31. März gekündigt und der Innung einen neuen Tarifentwurf unterbreitet, der in der Hauptsache die Vereinfachung des Logiswessens (Kost wird bereits seit zwei Jahren vom Meister nicht mehr gegeben), Umwandlung des derzeitigen dreifachen in einen zweifachen Tarif, Schaffung eines partiellen Arbeitsnachweises und Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages fordert. Entsprechend einer Bestimmung

des derzeitigen Vertrages hatten die Gehältern das Einigungsamt angerufen, das am Mittwoch vormittag Verhandlung, zu der Kl. Mann-Hamburg und der Sekretäre des Gernauverbandes, Dr. Westphal-Berlin erschienen waren, anberaunt. Nach vierstündiger Verhandlung einigte man sich auf einen Kompromißvorschlag des Vorherrschenden Gerichtsrats Dr. Brenner, wonach unter Verbeibehaltung des Dreifachsystems die Anzahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Gehältern herabgesetzt, wodurch eine Verschiebung der in den unteren Klassen entlohnenden Gehältern in eine bessere Lohnklasse möglich, die Lohnsätze selbst erhöht und die Vereinfachung des Logiswessens bei den Meistern ab 1. April 1908 vertragmäßig festgelegt wurden. Zur Ueberwachung des Arbeitsnachweises (der bisher ganz in den Händen der Innung war) wird eine Kommission, bestehend aus drei Meistern und drei Gehältern gewählt. — Der Tarif hat bis zum 30. März 1909 Gültigkeit.

Es geht vorwärts! Daß die Gewerkschaftsbewegung in Südbayern erfreuliche Fortschritte zeigt, konnte in der südbayerischen Konferenz des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, die am Sonntag und Montag in München stattfand, mit Genugtuung konstatiert werden. Obgleich es bekanntlich schwer hält, in industriearmen Gegenden, wo Kleinbesitz und Landwirtschaft vorherrschen, die Arbeiter für den Organisationsgedanken zu gewinnen, ist es, zum größten Teil wegen der schwarzen Genarmen, doch gelungen, selbst in die schwärzesten Winkel Südbayerns einzudringen. Der Bauvorstand konnte den Delegierten mit Genugtuung berichten, daß an 25 Orten Zweigvereine gegründet wurden, und daß an einzelnen Orten bis zu 95 Proz. der Maurer im Zentralverband der deutschen Maurer organisiert sind. Der Mitgliederstand im ganzen Gau Südbayern beträgt zurzeit circa 3000. Dieses Vorwärtsschreiten ist natürlich den christlichen Brüdern ein Dorn im Auge. Gelingt es irgendwo, festen Fuß zu fassen und die Arbeiter auf dem Lande für die moderne Organisation zu gewinnen, dann erscheinen sofort auch die „Christlichen“ auf dem Platze, um durch ihre Propaganda, allerdings vergeblich, Zersplitterung in die Reihen der Arbeiter zu bringen. — Die „Christlichen“ sind sich doch überall einander gleich wert.

Die Ermordung des Oberleutnants Roos vor dem Schwurgericht in Düsseldorf.

Ein entsetzliches Verbrechen gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Düsseldorf-Landgerichts zur Verhandlung. In dem benachbarten R.-Bladbach wohnte der 48 Jahre alte Oberleutnant a. D. Wilhelm Roos in der Rheidterstraße eine Villa, die er allein bewohnte. Der Oberleutnant lebte schon seit Jahresfrist von seiner Frau getrennt. Um nicht allein zu sein, nahm er ein junges Ehepaar, den aus Holland gebürtigen Fabrikarbeiter Adolf Blömer und Frau, in seine Villa ein. Blömer sollte dem Oberleutnant Aufwartedienste leisten, dafür sollte er dem Ehepaar das Erdgeschoss als Wohnung abtreten. Außerdem zahlte er der Frau Blömers monatlich 15 Mark. Im Oktober vorigen Jahres hatten die jetzt angeklagten Eheleute den Entschluß, den Oberleutnant zu ermorden und sich in den Besitz seines Vermögens zu setzen. Frau Blömers sollte dem Oberleutnant Gift in den Kaffee tun. Da aber Gift ohne Giftschäkel nicht zu bekommen war, so wurde beschlossen, den Oberleutnant aufzuhängen, um dadurch den Schein eines Selbstmordes hervorzurufen. Aber auch dieser Plan wurde sehr bald aufgegeben, da er sich wohl sehr schwer ausführen ließ. Das Blömerische Ehepaar beschloß darauf, die Ermordung am Morgen des 28. Oktober im Keller vorzunehmen. Wibelspolier Leonard Blömer erklärte sich auf Zureden seines Bruders bereit, sich an der Ermordung zu beteiligen. Am 28. Oktober, kurz nach 8 Uhr morgens machten die beiden Brüder Blömers im Keller großen Lärm. Sie schlugen mit einem Hammer auf die dort aufgestellten Fässer mit solcher Gewalt, daß man sein eigenes Wort nicht hören konnte. Der stark nervöse Oberleutnant lief in den Keller, um sich Ruhe auszubieten. Kaum hatte aber der Oberleutnant den Keller betreten, da schlugen die Männer, jeder mit einem Hammer bewaffnet, ihn derartig auf den Kopf, daß er sehr bald betäubt zur Erde fiel. Die Männer schlugen trotzdem weiter auf ihn, bis sie die Ueberzeugung erlangt hatten, der Oberleutnant sei tot. Dann frühstückten die Angeklagten und beratschlagten, wie man am unauffälligsten die Leiche beseitigen könne. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, sich zunächst des Geldes zu bemächtigen, dann aber der Polizei zu melden: Der Oberleutnant habe Adolf Blömers angegriffen, infolgedessen habe letzterer den Oberleutnant in der Notwehr erschlagen. Blömer drang ein leises Stöhnen aus dem Keller empor. Kein Zweifel, der Oberleutnant war noch nicht tot. Frau Blömers rief zornbebtend: „Das habt ihr schlecht gemacht. Nun schlagt den Kerl vollständig tot. Ihr habt die Sache einmal angefaßt, nun führt sie auch aus.“ Die beiden Blömer liefen in den Keller. Der Oberleutnant war inzwischen aus seiner Betäubung erwacht und hatte sich am Geländer der Kellertreppe aufgerichtet. Die entmenschten Gefellen schlugen mit Hammer und Beil auf den unglücklichen Oberleutnant ein. Abdann sagten sie dem noch zuckenden Körper den Kopf ab. Da der goldene Ring sich nicht vom Finger ziehen ließ, so wurde der Leiche auch der Ringfinger abgesägt. Das Flehen des Oberleutnants und die Ausgebete der Angeklagten — sie hatten im ganzen 280 M. geraubt — sowie der Verkauf und Verzug von Wertgegenständen machten die Mörder verdächtig. Sie wurden verhaftet, den Mord und Raub gekandt sie ein. Das Schwurgericht erkannte gegen die Gebrüder Blömer und Frau Blömer auf schuldig wegen Mordes und Raubes. Sie wurden zum Tode verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. Georg Liebe. Werde gesund! Zeitschrift für Volksgesundheit. 3. Heft. Monatl. ein Heft. Preis viertel. 75 Pf. Verlag: Th. Krieger, Erlangen.

Zum Beginn der Banfassen erscheint ein Spezialheft der Milt. Zeitschrift „Der Süddeutsche Rüst- und Bauarbeiter“ unter dem Titel „Lären und Toren“. Preis 75 Pf. Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahltag.

Bremerhaven, 22. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl haben unsere Genossen einen glänzenden Sieg errungen. In der dritten Abteilung erhielten wir eine Mehrheit von 225 Stimmen.

Eine angesehene Persönlichkeit.

Essen, 22. März. (S. D.) Der hiesige Großhändler Steiger, eine angesehene Persönlichkeit, ist unter Jurisdiktion von 300 000 Kronen Schulden kündigt geworden.

Zwei Arbeiter verbrannt.

Delmenhorst, 22. März. (S. T. B.) In der Dürffenschen Korffabrik brach heute aus unbekannter Ursache Großfeuer aus. Zwei Arbeiter sind in den Flammen ums Leben gekommen.

Ein Erfolg der Solidarität.

Vieloslaw, 22. März. (Beilage der Bielefelder Telegraphen-Agentur.) Nachdem auf Verlangen der Druckereiarbeiter die am 20. März verhafteten 23 Schriftliche freigelassen worden waren, haben die Arbeiter in allen Druckereien die Arbeit wieder aufgenommen.

Das Verbrechen von Courrières.

Die Arbeiten zwecks

Vergung der Leichen

Selbst noch nicht günstiger zu gestalten, viele der noch in der Grube liegenden Leichen werden wohl, wenn überhaupt, nur als unkenntlich verlorene Reste herausgebracht werden.

Unten 22. März wird aus Lens gemeldet:

Der Grubenbrand wütet noch immer fort. Neuerdings konnten nur drei völlig unentzündete Leichen heraufgeführt werden. Man ist mit größter Anstrengung bemüht, das Feuer zu bekämpfen, doch scheint der Herd desselben eine immer größere Ausdehnung zu nehmen.

85 000 Ausständige!

Lens, 22. März. Die Ausständigenbewegung nimmt immer mehr zu, in beiden Becken, welche insgesamt 85 000 Arbeiter umfassen, kam der Streik als allgemein betrachtet werden. Zwischen den Anhängern der Syndikate Vassly und Broutchou ist es gestern wiederholt zu Zusammenstößen gekommen. Die Gendarmen mußte Dragoner zur Unterstützung heranziehen, um die feindlichen Gruppen zu trennen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Weitere Truppenverstärkungen sollten herangezogen werden.

Aus Köln läßt sich das „L. V.“ telegraphieren, die Bewegung scheint nach Deutschland überspringen zu wollen, in Führerkreisen werde die Frage ventiliert, ob im Falle der Proklamierung des Generalstreiks in Frankreich die deutschen Bergarbeiter sich mit den französischen Kameraden solidarisch erklären sollen. Das Verfahren von Ueberblicken müsse strikte verweigert werden.

Parlamentarisches.

Falsche Berichte in der bürgerlichen Presse. Kolonial-Unterstaatssekretär.

Einen breiten Raum nahmen in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission Klagen der bürgerlichen Abgeordneten über falsche Berichterstattung in bürgerlichen Zeitungen ein. In der Budgetkommission des Reichstages wurde schon mehrfach Klage über die häufig unwahre und leichtfertige Berichterstattung bürgerlicher Zeitungen über die Kommissionsverhandlungen geführt. Bei einer solchen Gelegenheit betonte Graf Oriola (natl.), daß der „Vorwärts“ die wahrheitsgetreuesten Berichte bringe. Gestern wies der Abg. Graf Oriola wieder nach, daß viele bürgerliche Zeitungen, darunter die „Berliner Neueste Nachrichten“ und die „Deutsche Tageszeitung“ (konf.) über die Abstimmung in der Kommission, betreffend Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes unwahre Angaben über die Abstimmung der National-liberalen veröffentlicht haben. Sowohl vom Grafen Oriola wie von anderen Rednern wurde diese Sorte Berichterstattung verurteilt. Der Abg. Sittart (Z.) wies darauf hin, daß im Korridor vor dem Sitzungszimmer ein dem Hause nicht angehörender Herr antikambriere, der versuche, die Abgeordneten auszufragen, um dann die naturgemäß unvollkommenen, weil schlicht gegebenen Auskünfte für die Presse zu verwerthen. Genosse Ledebour kritisierte es scharf, daß Kommissionsmitglieder an fremde Personen Auskunft erteilen, weil das an und für sich verurteilenswert sei, außerdem die Kommission jeder Möglichkeit beraube, die Urheber unwahrer Berichte zu erwischen. — Für den vorgestern neu bewilligten Kolonial-Unterstaatssekretär wurden 25 000 M. Gehalt ausgesetzt; für den Direktor 20 000 M. Abg. Frhr. v. Richthofen (L.) gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß im Plenum der Kolonial-Staatssekretär doch noch bewilligt werde. Herr v. Richthofen scheint demnach bereits den Anlaß des Zentrums vorauszuweisen. Eine recht niedliche Geschichte deckte der Abg. Erzberger (Z.) auf. Für einen geheimen Ratshaber im Kolonialamt ist eine Zulage von 600 M. festgelegt. Der Mann, der zurzeit diesen Posten inne hat, bekommt aber die Zulage nicht, sondern ein beliebig anderer Beamter. Das Unzulässige eines solchen Verfahrens wurde von Siedelum (Soz.) und Erzberger (Z.) der Regierung scharf erklärt; die 600 M. unter Protest gegen das Verfahren der Regierung für dieses Jahr bewilligt.

Die übrigen Verhandlungen waren ohne allgemeines Interesse.

Sieg der national-liberalen über die konservativen Steuerfuder.

In der Finanzreformkommission wurde gestern die Debatte über die Besteuerung der Fahrkarten für Eisenbahnen und Dampfschiffe fortgesetzt. Während Gerold (Z.) mit der Drohung für den in der ersten Lesung angenommenen national-liberalen Antrag auf kilometrische Zuschläge eintrat, daß im Ab-lehnungsfalle die Koalition der freiwilligen Steuerfuder sich auflösen werde und die Verantwortung für die Folgen alldam die Regierung treffe, die sich dem Vorschlage entgegen-stemmen, tritt Dietrich (L.) für seinen, gestern veröffent-lichten Antrag ein, der, wenn auch keine 50, so doch immer-hin circa 33 Millionen bringen werde. Basing (natl.) macht auf die Gefahr aufmerksam, die entstände, wenn der Kommissionsbeschluch mit Hilfe der Konservativen und dann auch deren Antrag abgelehnt würde. Der alldam entstehende Ausfall würde sich auf circa 65 Millionen beziffern, was ein Scheitern der ganzen Vorlage bedeute.

Dr. Biemer (fr.) rechnet mit dieser Möglichkeit, weist aber darauf hin, daß daran die Finanzreform nicht scheitern brauche; man habe immer noch als Ausfallsmittel die Reform der Brantweinsteuer, wodurch sehr leicht 60 bis 70 Millionen zu beschaffen seien. Dr. Becker (natl.) verteidigt die Ansicht gegenüber dem von den Vertretern verschiedener Bundes-staaten erhobenen Einwand, daß diese Art der Besteuerung der Fahr-karten einen Eingriff in die autonomen Tarife der Einzelstaaten bedeute, daß damit gar nichts an diesen Tarifen geändert werde, und den Regierungsvorstellern wirft er vor, daß, da die Regierung die Kollage selbst herbeigeführt habe, in der sie sich befindet, sie nun-mehr den freiwilligen Steuerfudern anstatt dankbar zu sein und zu helfen, die Deckungsmittel zu beschaffen, sich ihnen überall hindernd in den Weg stellen.

Genosse Reichhaus erklärt gegenüber einer Bemerkung Dietrichs, daß nicht nur die neue Steuern suchende Mehrheit der Kommission, sondern auch die sozialdemokratischen Mitglieder bestrebt seien, sich an der Sanierung der Reichsfinanzen zu beteiligen, wie die von diesen eingebrachten Anträge zur Erbschaftsteuer beweisen. Sei dieser Weg von der Mehrheit nicht beliebt worden, so würden wir dem von dieser eingeladenen nicht folgen.

Genosse Singer hält die Drohung Gerolds mit dem Aus-einandergehen der Koalition sowie das drohende Spensiv Basing's von dem Scheitern der Vorlage für Theaterdonner und „Blut“. Man wird schon die „mittlere Linie“ finden, auf der man sich mit der Regierung wieder einigt. Es sei überhaupt nicht erklärlich, woher die Gegenläufe kommen. Beide Vorschläge sind gleich ver-lehrfeindlich. Grundsätzlich treffen alle die vom preussischen Finanzminister gegen den Kommissionsbeschluch gemachten Bedenken auch auf den konservativen Antrag zu. Wie wolle man das rechtfertigen, die Leistungen der Einzelstaaten im Eisenbahn- und Schiffsverkehr zugunsten der Reichsfinanzen zu besteuern? An der Ablehnung der Vorschläge brauche die Finanzreform nicht zu scheitern, möge man den von uns ge-wiesenen Weg einschlagen. Ob mit der Annahme des kon-servativen Antrages 88 oder durch Aufrechterhaltung des Beschlusses 50 Millionen aus dem Verkehr herausgeholt werden, bleibe sich im Prinzip gleich, aber man möge sich ernstlich überlegen, ob nicht durch jede Verkehrsverteuerung die all-

gemeine Steuerfähigkeit geschwächt und so Handel und Verkehr, anstatt in ihrer Entwicklung gefördert, vielmehr erschwert würden. Durch Annahme eines dieser Vorschläge werde der in Aussicht ge-stellten Eisenbahnreform geradezu das Genid umgedreht. Es ist nicht im allgemeinen, so auch im Reichstage, unter Tarifreform Frei-leitung, Förderung, Verbilligung des Verkehrs verstanden. Hier sei das Gegenteil der Fall. Es seien ja auch bereits weitere Ver-lehr-Verteuerungen: Erhöhung der Telegrammgebühren usw. in Aussicht gestellt. Dadurch werden die heut noch steuerkräftigen Kreise immer mehr geschwächt, das Fuhr, das goldene Eier legt, wird geschlachtet. Eine solche unsinnige Finanzreform mache er und seine Freunde nicht mit und stimme daher gegen alle diese Anträge.

Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung wird der An-trag der Konservativen gegen die drei Stimmen der Kon-traktierer abgelehnt.

Der Kommissionsbeschluch mit einigen, mehr redaktionellen Änderungen mit 14 gegen 13 Stimmen an-genommen. Der Vertreter der polnischen Fraktion lehnte — sonst wäre Ablehnung mit Stimmen-gleichheit erfolgt. Die Automobilsteuer wird nach dem Kommissionsbeschluch angenommen.

Zum Schluch wird der Kommissionsbeschluch bezüglich der Steuer auf Ansichtspostkarten auf Antrag Raden (Z.) einstimmig aufgehoben.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mitt-woch über eine Petition des Webers Julius Weigel in Pöhlneck, be-treffend Entschädigung für den geraubten Nachlaß seines bei dem Aufstand in Südwestafrika er-mordeten Sohnes. Dieser (der Sohn des Petenten) gehörte früher der deutschen Kolonialtruppe an, wurde dann Polizeisoldat und begründete später die Farm „Rosinatenbusch“, auf der er zuletzt circa 400 Stück Vieh hielt im Werte von etwa 6400 M. Der Gesamtwert der Farm mit lebendem und totem Inventar soll 5700 M. betragen haben. Die Farm wurde von den Aufständischen überfallen, der Viehherd getötet und sein Viehbestand geraubt. Dem Vater des Anstellers wurden 57,55 M. als Aktionverloren der noch vorgehenden und zur Ver-steigerung gelangten Utensilien seines Sohnes ausgezahlt. Der Petent ist mit einem Antrage auf Gewährung einer Entschädigung aus Reichsmitteln von der Kolonialverwaltung abgewiesen worden.

Der Regierungskommissar erklärte, daß dem Antrage des Petenten keine Folge gegeben werden könne, da nach der Verfügung des Reichskanzlers vom 2. Juni 1904 aus dem vom Reichstage be-willigten Mitteln Entschädigungen an durch den Aufstand Geschädigte nur gezahlt werden können, wenn die Entschädigungssumme zur Fortführung der überfallenen Ansebelung verwendet würde, also wirtschaftlich dem Schutzgebiete zugute käme. Aus-nahmen fänden nur statt, wenn die Frau oder Kinder eines im Auf-stande getöteten Anstellers zur Fortführung der Ansebelung nicht in der Lage wären. Im letzteren Falle müßte aber als Gegenleistung der Grundbesitz des Getöteten an den Fiskus abgetreten werden. An den in Deutschland lebenden Vater könne also aus öffentlichen Mitteln eine Entschädigung nicht ge-zahlt werden, weil die Vorbedingung: Fortführung des Be-triebes auf der geplünderten Farm, nicht erfüllt sei. Sollte indes vielleicht einer der Söhne des Petenten sich entschließen, nach Afrika zu gehen, um den Betrieb seines dort ermordeten Bruders fortzuführen, dann könnte er mit Recht Anspruch auf Unterstützung erheben. Dem 60jährigen Vater des Ermordeten könne man ja nicht mehr zumuten, nach Afrika zu gehen. Ihm könnte allenfalls, wenn er sich darum bewirbt, aus dem freiwillig gesammelten Unter-stützungsfonds eine Entschädigung gewährt werden.

Nach längerer Beratung beschloß die Mehrheit der Petitions-kommission, über die Petition zur Tagesordnung überzu-gehen.

Mehrere Petitionen, betreffend ausgedehnterer Prägung von Pfennigstücken und Nickelmünzen, sollen dem Reichskanzler als Material überwiesen werden.

Eine andere Petition, welche die Prägung von 25 Pfennig-stücken aus Nickel fordert, wird durch Uebergang zur Tages-ordnung erledigt.

Iskrauts Heldentaten. Der Hörtensel hat die Heldentaten des antiken Helden Iskraut, die vorgestern Adolf Hoffmann im Reichstage schilderte, in unserem Parlamentsberichte vergrößert. Die Verklammerung, in der Iskraut erzählte, fand nicht in Berlin, sondern bei Remme in Westfalen statt. Die Polizei stellte fest, daß zwei faulgroße Steine (nicht 2000 Steine) von den anti-keimischen Teilnehmern in Taschentücher gedunden mitgebracht waren.

Endlich muß es heißen: Auch ein Polizist namens Köhler wurde zu vier Monat Gefängnis verurteilt; er mußte den Rod ausziehen und wurde dann als Bahnammeister — oder so etwas Ähnliches — von der Mansfelder Gesellschaft angestellt.

Säuglingssterblichkeit.

Unter den soeben veröffentlichten Ergebnissen der Bevölkerungs-bewegung im Deutschen Reiche für das Jahr 1904 sind besonders die Nachweise über die Sterbefälle interessant, weil sie bis zu ge-wissem Grade einen zahlenmäßigen Aufschluß geben über den Stand der sozialen Fürsorge für die Bevölkerung. In den im Jahre 1904 im Reiche gestorbenen 1 226 883 Personen — einschl. 63 500 Totgeborenen — stellen die Kinder und insbesondere die Säuglinge das größte Kontingent. Das erkennt man sehr gut aus der Altersgliederung der Gestorbenen (unter Ausschluß der Totgeborenen). Es sind:

Table with 4 columns: im Alter von, 1904, 1903. Rows: 0 bis 1 Jahr, 1 - 5, 5 - 15, 15 und mehr, alle Personen.

Von allen Gestorbenen waren danach 558 778, d. i. 45,1 Proz. (1903: 574 218 = 40,1 Proz.) Kinder unter 15 Jahren. Da nun das durchschnittliche Lebensalter eines Menschen jetzt — trotz der ungünstigen Sterblichkeitsverhältnisse der Jugend — etwa 33 Jahre beträgt, so erkennt man aus diesen Daten, wie mangel-haft die staatliche Fürsorge für die Bevölkerung ist, da schon die Hälfte aller Gestorbenen erst unter 30 Jahre alt sind, und die Kinder unter 15 Jahren mit 45,1 Proz. Anteil die Hälfte fast erreichen. Das fällt um so schwerer ins Gewicht, als die vorlechte Volkszählung 1900 erst eine Sterblichkeitsminderung feststellte hatte. Dält man diese Tatsachen zusammen, so erkennt man, daß die Sterblichkeitsminderung in überwiegendem Maße den älteren Personen zugute gekommen ist. Für die Säuglinge ist nicht nur nichts besser geworden, sondern es zeigte sich in einigen der letzten Jahre sogar eine beträchtliche Erhöhung der Säuglingssterblichkeit. Von allen Gestorbenen waren im Jahre 1901 (weiter juridis-tische Angaben gibt es nicht) 35,8 Proz. noch nicht 1 Jahr alt, 1902: 33,0 Proz., 1903: 34,4 Proz. und 1904: 34,3 Proz. Noch bessere Angaben über die Größe der Sterblichkeit könnte man er-halten, wenn es möglich wäre, die Gestorbenen jeder Altersklasse mit der Gesamtzahl der in diesem Alter stehenden Personen zu vergleichen. So weit ist aber unsere Statistik der Bevölkerungs-bewegung noch nicht. Legt man in jedem Jahre die Zahl der be-treffenden Personen nach der jeweils letzten Volkszählung zu-grunde, so sind natürlich Vergleiche der einzelnen Jahre mitein-ander ausgeschlossen. In der Statistik der Bevölkerungsabnahme im Reiche werden wir aber voraussichtlich das Vergnügen haben,

vielleicht bis 1913 diese Angaben bezogen auf die Volkszählung 1900 zu finden. Die Säuglingssterblichkeit wird nach diesen Relativzahlen immer größer werden, bis sie bei der Benutzung der Zahlen der Volkszählung 1910 plötzlich wieder kleiner werden wird. Diese Angaben sind also wertlos und nur in den Volkszählungs-jahren einigermaßen zutreffend.

Der Jahreszeit nach zeigt sich in den heißen Monaten, aber auch in den kalten eine erhöhte Sterblichkeit. Am größten ist sie gewöhnlich im August, in dem 1904 durchschnittlich 4112 (1903: 3664) Todesfälle pro Tag vorkamen. Gerade diese erhöhte Sterb-lichkeit in der heißesten Zeit ist auf das Konto der Säuglinge zu setzen. Genaue Nachweise dafür fehlen, weil man auch in der Statistik der Todesurachen und der Bevölkerungsabnahme im Deutschen Reiche noch nicht so weit ist, wie in Ländern, die sonst noch recht beträchtlich unter unserem Kulturniveau stehen (Italien usw.). Nur vermuten kann man bei uns nach dieser Richtung auf Grund der wenigen Zahlen, die aus Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern vorliegen. Aus ihnen folgt eine erhebliche Zunahme von Todesfällen infolge akuter Darmkrankheiten in den Sommer-monaten 1904 gegenüber den gleichen Monaten 1903, und zwar wurden davon namentlich die Säuglinge betroffen. Dafür ist diese kleine Zusammenstellung interessant. In den Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern waren

Table with 6 columns: im Juli, im August, dagegen im September, 1904, 1903, 1904, 1903, 1904, 1903. Rows: an Brechdurchfall: Kinder unter 1 Jahr, andere Personen, an akuten Darmkrankheiten ohne Brechdurchfall, Zusammen.

Wenn man die Säuglingssterblichkeit Deutschlands vergleicht mit der fremder Staaten, so darf man natürlich nur solche Staaten zum Vergleiche heranziehen, die annähernd gleiche klima-tische usw. Verhältnisse haben. Aber wenn man auch davon ab-sieht, so erscheint die Säuglingssterblichkeit in Deutschland, bezogen auf die Gesamtzahl aller Sterbefälle, dennoch höher als in irgend einem anderen Lande, von dem Vergleichszahlen vorliegen. Be-zieht man jedoch die Säuglingssterblichkeit auf die Gesamtzahl der Todesfälle, so erhält man wegen der Ungleichheit der Alters-zusammensetzung in den einzelnen Ländern ein schiefes Bild. Besser wird es daher sein, die Zahlen auf die Lebendgeborenen zu be-ziehen. Aber auch da schneidet Deutschland trotz seiner im all-gemeinen günstigen Sterblichkeitsverhältnisse schlecht ab, denn nur Ungarn hat eine etwas höhere Säuglingssterblichkeit aufzuweisen, und in Oesterreich ist sie etwa gleich der unferigen.

Man erkennt daraus, wie nötig und wichtig die von uns ge-forderten Reformen sind, damit Deutschland in der Frage der Säuglingssterblichkeit einen seinem sonstigen Kulturniveau ent-sprechenden Platz einnimmt.

Nicht alle Landesteile Deutschlands weisen eine so hohe Säuglingssterblichkeit auf. Auf die Lebendgeborenen bezogen sind es in Preußen namentlich Hohenzollern (23,1 Proz.) und die Pro-vinzen Schlesten (22,5 Proz.), Brandenburg (22,1 Proz.), Sachsen (21,9 Proz.) und Pommern (20,2 Proz.), die hohe Quoten auf-weisen. Aber auch die Stadt Berlin (20,0 Proz.) und Westpreußen (19,9 Proz.) stehen über dem Reichsdurchschnitt (19,6 Proz.). Doch alle diese Sätze werden noch von denen in einigen Bundesstaaten übertroffen. Die höchste Säuglingssterblichkeit hat Sachsen-Alten-burg (25,9 Proz.), dann folgen Neuh. J. L. (25,4 Proz.), das rechts-rheinische Bayern (25,0 Proz.), Königreich Sachsen (24,4 Proz.), Neuh. S. L. (24,3 Proz.), Mecklenburg-Strelitz (22,7 Proz.), Württemberg (22,1 Proz.), Anhalt (22,0 Proz.) und Baden (20,8 Proz.).

So lange man überhaupt die Kindersterblichkeit zahlenmäßig verfolgt, hat sich wie ein allgemeines Gesetz die besonders starke Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge herausgestellt. So waren unter den 307 781 verstorbenen Säuglingen 344 972 ehelicher und 52 909 unehelicher Geburt. Bezieht man diese Zahlen auf die ent-sprechenden der Lebendgeborenen, so ergibt sich, daß auf 100 ehelich Geborene 18,8 auf 100 unehelich Geborene nicht weniger als 31,4 Todesfälle der Säuglinge kommen. Während also von den ehelich Geborenen vier Fünftel ihr erstes Lebensjahr überleben, ist dies unter den unehelichen Säuglingen nur bei zwei Dritteln der Fall. Das andere Drittel der unehelich Geborenen stirbt im ersten Jahr. Das ist die Realität unserer herrschenden Moralanschauungen an uneheliche Menschenwesen, die das Unglück gehabt haben, nicht im Ehebett auf die Welt gekommen zu sein! Besonders erheblich ist die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge in Westpreußen (37,3 Prozent), Posen (35,9 Proz.), Rheinland (35,7 Proz.), Branden-burg und Bremen (je 35,3 Proz.).

Schon diese wenigen amtlichen Zahlen, die in fast jeder Be-ziehung bedeutender Ergänzung bedürftig wären, reden eine be-rechte Sprache von den traurigen Verhältnissen der Säuglingspflege in Deutschland. Sie sind hauptsächlich in den sozialen Zuständen begründet, in dem durch diese Zustände für unendlich viel Kinder begründeten Mangel an hinreichender Luft, hinreichender Pflege und ausreichender Nahrung. Der Gesehgeber, der ungesunde Wohnungsverhältnisse, Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse, Erschwerung der Aussicht oder Konservert., ist schuldig an dem frühzeitigen Tode von Tausenden seiner Zeitgenossen. Die künst-liche Verteuerung der Lebensmittel, die Behinderung der gewerkschaftlichen Freiheit in Deutschland, der Stillstand und Rückschritt auf sozialem Gebiete gehören zu solchen vom Gesehgeber ge-schaffenen Kindesmördern.

Gerichts-Zeitung.

Ein Amtsdienner, der mit Säbel und Faust auf Wehrlose einhaut.

Ein großer Erzek eines Polizeibeamten beschäftigte gestern die sechste Strafkammer des Landgerichts II. Wegen gefährlicher Körperverletzung im Amte war der frühere Amtsdienner Scholz angeklagt. — In der Nacht zum 14. August v. J. befand sich der An-geklagte, der seit sechs Jahren Amtsdienner ist, mit dem Amtsdienner Hübler auf seinem Patrouillengange in Friedrichsberg. Gegen 12 Uhr nachts kamen beide durch die Rummelsburgerstraße, wo gerade aus einem Lokal mehrere Gäste gewaltam an die frische Luft befördert wurden. Der hierdurch verursachte Lärm veranlaßte die Beamten, die Haupt-treueher, die Gebrüder Viskowatz, zu stiften. Willi Viskowatz war stark angetrunken und machte deshalb auf dem Trans-port zur Polizeiwache Schwierigkeiten. Der Angeklagte Scholz zog deshalb ohne weiteres sein Schloßzeug heraus und fesselte ihn. Zugleich gab er dem Fest-genommenen, wie er selbst vor Gericht zugeben mußte, „einige sanfte Schläge ins Ge-sicht“. Die Folge dieser „sanften“ Schläge war, daß dem L. das Blut aus Mund und Nase stürzte und er am nächsten Tage infolge eines didgeschwollenen Mundes nichts essen konnte. Auch vor der Zelle gab der

Angeklagte dem Festgenommenen, wie von Augenzeugen be- kundet wurde, noch mehrere heftige Ohrfeigen. Ein noch schwererer Erzeß wurde von dem Angeklagten am nächsten Morgen verübt. Wohl noch in angenehmer Er- innerung an die verübten „Goldentaten“ schweigend, be- merkte der Angeklagte auf der Straße einen Mann, den Kutscher Behme, sitzen, der in der Trunkenheit auf der Trottoirfläche eingeschlafen war. Ohne jede Ver- anlassung wurde B. ebenfalls gefesselt und zur Polizeiwache im Rathause geschleppt. Auf der Treppe zog Scholz seinen Säbel und schlug wiederum ohne jede Veranlassung auf den infolge der Fesselung völlig wehrlosen Behme ein. — Vor Gericht konnte der Angeklagte keinerlei Erklärung für seine ungläublichen Rohheiten abgeben. Die Verteidiger muhten sich deshalb lediglich darauf beschränken, in dem durch ein Herzleiden verursachten nervösen Zustande des S. gewisse Milderungsgründe zu finden. Der Gerichtshof erklärte, daß es für die Qualität eines Beamten, wie der Angeklagte war, keinerlei entschuldigende Er- klärung gebe und derartige Taten auf das empfind- lichste geahndet werden müßten. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Daß gegenüber den begangenen feigen Rohheiten das eine empfindliche Strafe im Sinne des Gesetzes sei, ist irrig. Das Gesetz (§ 340 Str.-G.-B.) bedroht einen Beamten, der in Ausübung oder in Veranlassung der Aus- übung seines Amtes vorsätzlich eine Körperverletzung begeht, mit Gefängnis von drei Monaten bis zu 5 Jahren. „Ist die Körperverletzung eine schwere“, heißt es im § 340 Absatz 2, so ist auf Zuchthaus nicht unter 2 Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten ein.“ Insbesondere die zweite Geldentat des Amtsdieners entbehrt jedes mildernden Umstandes. Die geringe Strafe zeigt, wie gering das Leben, die Gesundheit und das Recht des Arbeiters geschätzt wird.

Der Hund der Prinzessin. Der Prinzessin Viktoria Luise, einer Tochter des Kaisers, war am 12. Februar ein Hund entlaufen, auf dessen Rückgabe eine Belohnung von 20 M. ausgesetzt wurde. Den Hund hatte der „Hollmops“ Emil Voigt an sich gelockt und bei sich behalten. Er hatte dem Tiere, einem Terrier, zunächst für 30 W. Wurst gekauft und dann den Hund für 70 W. an einen Hunde- händler verkauft, das Halband aber bei sich behalten. Als nun der Junge Kunde von der ausgesetzten Belohnung erfuhr, veränderte er sein Glück, ging auf die Polizei und hat sich unter Vorgehung des Halbandes die Belohnung aus, indem er angab, daß ihm der Hund zugefallen, bald aber wieder entlaufen sei. Die Angaben des Jungen verdienten keinen Glauben, er wurde auf der Polizei in die Enge getrieben und gestand dann auch bald ein, daß er den Terrier in der Nähe des Schlosses an sich gelockt, auf seinen Wagen genommen und an den Hundehändler verkauft habe. Er wiederholte das Geständnis gestern vor dem Schöffengericht, vor dem er sich wegen Diebstahls zu verantworten hatte, und erklärte, daß es ihm auf den Hund gar nicht so sehr angekommen sei, sondern auf das schöne Halband, auf welchem der Name der Prinzessin eingraviert war. Da Voigt trotz seiner Jugend nicht mehr unbescholten ist, verurteilte ihn das Gericht zu der hohen Strafe von sechs Wochen Gefängnis unter Anrechnung von drei Wochen auf die Unter- suchungshaft.

Freiunterricht oder öffentliche Schule? Doktor Jaspis zu Groß-Lichterfelde hatte seinen schulpflichtigen Sohn nicht zur Schule geschickt, sondern ihn ein Jahr lang durch einen Volksschullehrer im eigenen Heim unterrichten lassen. Auf Grund der Regierungs- Polizeiverordnung vom 14. April 1900 wurde J. wegen nicht ge- nügend entschuldigter Schulversäumnis des Knaben angeklagt. Das

Landgericht Berlin II sprach ihn jedoch mit folgender Be- gründung frei: Es wäre erwiesen, daß der Hausunterricht durch den staatlich geprüften Volksschullehrer im fraglichen Jahre gleichwertig gewesen sei dem, den der Junge in dem Jahre in der Volksschule erhalten hätte. Der Knabe sei genügend in der Bildung gefördert worden. Der Angeklagte könne darum nicht als säumiger Vater im Sinne des Allgemeinen Landrechts (§ 46 II. 12) gelten und könne somit nicht auf Grund der angezogenen Regierungspolizei- verordnung bestraft werden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und erzielte, daß das landgerichtliche Urteil vor kurzem aufgehoben und die Sache noch einmal an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. Der erste Strafsenat des Kammergerichts führte in der Begründung aus: Nach § 43 II. 12 des All- gemeinen Landrechts habe jeder Einwohner, der den nötigen Unterricht für seine Kinder in seinem Hause nicht besorgen könne, seine Kinder nach zurückgelegtem fünften Lebensjahre in die Schule zu schicken. Die Ausnahme sei die, daß er den nötigen Unterricht in seinem Hause beschaffen könne. Die Frage, was der nötige Unterricht sei, könne natürlich nicht der Willkür dessen zur Ent- scheidung überlassen werden, der sein Kind nicht in die Schule schicken wolle. Der Staat habe die allgemeine Bildung im Sinne der Elementar-Schulbildung als Norm festgesetzt. Das gebe aus der Verfassung hervor. Bei der Feststellung, ob ein Kind zu Hause den nötigen Unterricht erhält, seien als Maßstab die in der Volksschule gelehrt werden anzuwenden, und die Art, wie sie ge- lehrt würden. — Es sei ein Fehler, wenn der Vorderrichter meine, über die Frage nach Erteilung des nötigen Unterrichts im Hause habe der Richter zu entscheiden. Mindestens sei es nicht im vollen Umfange richtig. Ob der im Hause erteilte Unterricht den schul- technischen Prinzipien des Staates entspreche, könne nur von der Schulaufsichtsbehörde nachgeprüft werden. Dagegen sei es Sache des Richters nach- zuprüfen, ob der betreffende Vater, der beim Hausunterricht des Kindes das nicht erreichte, was die Schulbehörde als nötig ansehe, „säumig“ verfahren sei im Sinne des § 46 II. 12 des Allgemeinen Landrechts und darum auf Grund der Strafvorschriften der Regierungs-Polizeiverordnung zu bestrafen sei oder nicht. Unter Berücksichtigung der vom Senat aufgestellten Grundzüge bezüglich der Aufgaben von Schulbehörde und Richter müsse das Landgericht den Tatbestand noch einmal nachprüfen. — Diese Rechtsauffassung des Kammergerichts erregt die Zu- stimmung des Richters gegenüber Verwaltungsbekanntem abermals erheblich zugunsten einer gedeihlichen Unterrichtsmethode ein. Nach der Annahme des obersten preussischen Gerichts würde ein Vater zu bestrafen sein, wenn er seinem Kinde besseren Unterricht, als es in der Schule haben kann, angedeihen läßt, sofern nur nach Ansicht der Schulaufsichtsbehörde nicht die „nötige“ Methode angewendet werde — ganz wie beim Streifenrecht, wo das Kammergericht dem Richter das Recht nimmt, entgegen der falschen Ansicht einer Nr. 3844 — der Träger dieser Nummer ist übrigens seit fünf Tagen außerhalb Berlins — selbstzufrieden, daß der Angeklagte der Sicherheit des Verkehrs nicht im Wege gestanden hat.

Schuld auf der Straße. Schwere Folgen hat für den Kellner Albert H. die Belästigung einer anständigen Dame auf der Straße gehabt. Unter der Auflage des großen Unfalls stand H. gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I. — Am 10. November d. J. ging der Kaufmann von B. mit seiner erwachsenen Tochter durch die Charlottenstraße. Durch irgend einen Vorfall wurde die Aufmerksamkeit des Herrn von B. etwas abgelenkt, wo- durch er zugleich etwas zurückblieb. Als er seine Tochter wieder einholen wollte, bemerkte er gerade, wie dieselbe einem unsitt- lichen Attentat ausgesetzt war. Der Angeklagte war auf die junge Dame zugegangen und hatte sie oberhalb der Hüften so derb umfaßt, daß sie laut aufschrie. Herr v. B. eilte sofort hinzu und unterzog den Attentäter erst einer derben Lynchjustiz, bevor er ihn einem Schutzmännern übergab. Die Folge war gegen H. ein Strafmandat wegen groben Unfalls über 30 Mark. Hiergegen erhob H. Widerspruch und kam dann buchstäblich aus dem Regen unter die Traube, denn das Schöffengericht hob das Strafmandat auf und erkannte auf drei Wochen Haft mit der Begründung, daß derartige Ver- lästigungen von Damen auf der Straße nur mit empfindlichen

Freiheitsstrafen geahndet werden müssen. Die Verurteilung wurde daher unter Befristung des schöffengerichtlichen Urteils verworfen.

Unterbringung im Anstalt. Das Zweibrückener Schwurgericht verurteilte am Mittwoch den früheren Gemeindevorsteher Lieb von Zweibrücken wegen Verbrechens im Anstalt und Unterschlagung von 61 000 M. zu vier Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

Aus der Frauenbewegung.

Lichtenberg. In der am Montag, den 19. d. M., tagenden außerordentlichen Generalversammlung des hiesigen Bildungsvereins für Frauen und Mädchen hielt Fräulein Hanna einen Vortrag über „Die Gewerkschaften als soziales Heilmittel“. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Die darauffolgende Diskussion bewegte sich im Sinne des Vortrages. In ihrem Schlusswort wies die Referentin nochmals auf die bringende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, auch für Frauen und Mädchen, hin. Bei der vorzunehmenden Ersetzung der Kassiererin wurde Frau Goldschmidt einstimmig gewählt. Nachdem Fr. M. die Versammlung auf- gefordert hatte, die Feier der Jugendwoche der Freireligiösen Ge- meinde am Sonntag, den 25. d. M., zu besuchen, zu der man auch die größeren Schulkinder mitnehmen sollte, wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet der Osterfeiertage wegen eine Woche später, also am Montag, den 23. April, statt. Die Mitglieder, die verziehen, werden gebeten, ihre neue Adresse dem Vorstände anzuzeigen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns (eben Nr. 6 des 16. Jahrganges) zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Zum 18. März. Von G. L. — Die Nürnberger Dienstmädchen. Von Helene Grünberg. — Die britische Arbeiterpartei und das Frauenwahlrecht. Von M. Beer. — Von der Heimarbeit ausstellung in Berlin: IV. Konfektion und Wäsche. V. Die Metallindustrie. Von M. L. — Erziehung ohne Pein. Von Heinrich Schulz. — Das Frauenwahlrecht im Reichstage. II. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Kreisfrauenvereine des letzten sächsischen Wahlkreises Dresden-Land. — Jahresbericht der Kreisfrauenvereine für Glatz und Breiten. — Ver- staltung von Rosa Luxemburg in Barsthan. — Volkliche Kundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Kundschau. Von Simon Kastenstein. — Notizen: Soziale Bewegung. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Weibliche Fabrikpforten. — Frauenwahlrecht. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenbewegung. — Säuglingssterblichkeit. — Quälerei. — Resultate: Wägensturm. Von Ernst Havel. (Gedicht). — Befähigungsnachweis. Von Ludwig Thoma. — Die Heimarbeit. Von Emma Döhl. (Gedicht). — Veränderte Welt. Von Nikolaus Lenau. (Gedicht). — Für unsere Kinder: Ueberzeugung. Von Karl Gutzkow. (Gedicht). — Sperr der Tugend. Von Anton Reichel. I. — Aus dem schiefschen Gedichte. Von Ferdinand Freiligrath. (Gedicht). — Ueber Rittkisten. Von Brand. — Meeresstille. Von H. Heine. (Gedicht). — Zum Andenken an Jumbo. Ein Naturmärchen von Hebe. (Fortsetzung). Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-65 pr. 100 Pfund, IIa 54-62, IIIa 49-53, IVa 39-47. Kalbfleisch Ia 80-88, IIa 65-78, IIIa 52-62, Hammelfleisch Ia 60-71, IIa 54-60, Schweinefleisch 73-77. Rotwild 0,65 bis 0,90, Damwild —, Kaninchen 0,80-0,95. Fühner, alte, Stück 2,00-3,00, junge 0,60, da 0,00-0,00. Tauben, junge 0,55-0,65, alte 0,40-0,50. Enten, Stück 2,00-2,70. Gänse, junge, Stück 3,80-5,40, russische 0,30-0,58 M. pr. Pfd. Schmalz 0,00 M., Jänner 13-16 M., pro 100 Pfd. Geste 73-81, Schleie 108-118; Kalle, groß 00-00, mittel 00-00; Wägen 58, Wägen in Eis, große 41,00, kleine 30-34, Kaninchen 00-00, Rheinlands 500,00, Seelachs 24-26 M. pr. 100 Pfd. Schottische Vollerlinge (gefallen) 40-44 M. Eier, Schaf 3,30-3,50, Butter: pro 100 Pfund Ia 122-123, IIa 118-121, IIIa 116-118, abfallende 110-115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Daberger 2,00-2,20, magri- hon 2,10-2,35, runde weiße 1,80-2,00. Wirsingsohl pr. Schaf 0,00-0,00, Weikohl pr. 100 Pfd. 3,75-4,00, Rotkohl pr. Schaf 00-00, Kohl 12-16 M. Saure Gurken, Schaf 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Ver- antwortung.

Theater.

Freitag, den 23. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.)
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Berliner. Ein Volksfeind.
Wehen. Die vier Grobiane.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
Schiller N. (Friedrich-Wäsem- händliches Theater.) Der Vogel im Käfig.
Zeffing. Und Bippa tanzt.
Metropol. Auf ins Metropol.
Central. Die Puppe.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Valkans-Anna.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Kleines. Kinder der Sonne.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Bräute auf Kubu.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Thalia. Bis ich mit Rausch.
Ypsilon. Auf eigenen Füßen.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin.
Gerrnsfeld. Familientag im Hause Brellstein.
Gottes Caprice. Der Schmoel.
Pallas u. Co.
Wintergarten. Schachel: „Die Kaiserin der Sahara“. — Spezialitäten.
Welle-Alliance. Spezialitäten.
Heinrichshagen. Sittlicher Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taudenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Hauptmann Fouck.
Deutsch-Ostafrika.
Sternwarte. Invaliden- str. 57/62.
Apollo-Theater.
9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
Bursche mit Gefang und Tanz in drei Akten von Benno Jacobson. Musik von Rudolf Nelson.
Am 3. Akte: La Mantsche.
Solo: Liane d'Ève.
Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Luft und Spezialitäten.
Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloratur-Sängerin.
Geschwister Flokatl,
Gefang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.
Kasino-Theater
Lustigerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
Volkstheater in drei Akten von Pallas u. Stein.
Vorher das neue hunte Märzprogramm.
Sonnt. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.
Folies Caprice
Budapester Posen-Theater
132 Linienstr. 122.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 7. Male:
Der Schmoel
und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Vorverkauf bei Berthelm.
Der Schmoel
und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Vorverkauf bei Berthelm.

Berliner Theater.

Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.
Zum letzten Male:
Ein Volksfeind.
Sonabend letzte Vorstellung: Zar Feodor Joannowitsch.
Nachm. 2 1/2 Uhr Schüler-Vorstellung zu ermäßigten Preisen: Maria Stuart.
Sonntag: Keen.
Nachm. 3. ermäß. Pr.: Maria Stuart.
Montag: Kwiwo.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Sonabend: Boubourocho. Vorher: Die Neuvermählten.
Sonntag: Ein Sommernachtstraum.
Montag: Boubourocho. Vorher: Die Neuvermählten.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.
Sonabend:
Kinder der Sonne.
Komische Oper.
Freitag, den 23. März 1906, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte Preise: Hoffmanns Erzählungen.
Freud's 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater.

Benefiz für E. Ullig:
Auf eigenen Füßen.
Sonabend: Der Störenfried. Die Diensthöten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Abends: Auf eigenen Füßen.
Montag: Auf eigenen Füßen.

Walhalla-Theater

Heinrich Heine.
Aufspiel in 3 Akten von H. Heine.
Darauf:
Die Valkans-Anna.
Voffe u. Gef. 1. 2. Akt. v. Dorn u. Havel.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
Schauspiel in 4 Akten von Björnsterne Björnson.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wäsem- händl. Th.).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Schausp. in 5 Akten v. St. Grosmann.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Romeo und Julia.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)

65 Abessinier in Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Zirkus

Albert Schumann
Heute abend präzise 7 1/2 Uhr:
Zum 2. Male:
Wirklich sensationelle Novität!
Direkt von China importiert
Chinesische Fischer
mit ihren hier noch nie gesehenen
Cormorants
Chinesische Fische fangende
Tauchervogel.
Das gr. Naturwunder.
Kuhherd das vorzögl. Progr. und
Mlle. Louise Marys
Eisbären.
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr
(ein Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.

Zirkus Busch.

XI. Berliner Saison.
Gala-Abend.
Um 8 1/2 Uhr! Neu! Dressierte
70 Eisbären 70
unter persönlicher Vorführung
des Herrn Hagenbeck.
Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr):
Zum 124. Male:
Die neueste und größte Sehens-
würdigkeit Berlins:
◆ **Indien.** ◆
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 145. Male,
morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwan in 3 Akten von
2. Kanof und J. Chancel.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Seine
Kammerzofe.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Urania

Tauden-
str. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Hauptmann Fouck:
Deutsch-Ostafrika.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

Apollo-Theater.

9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
Bursche mit Gefang und Tanz in
drei Akten von Benno Jacobson.
Musik von Rudolf Nelson.
Am 3. Akte: La Mantsche.
Solo: Liane d'Ève.
Vorher 8 Uhr: Die glänzenden
Spezialitäten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner
Luft und Spezialitäten.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloratur-Sängerin.
Geschwister Flokatl,
Gefang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.

Kasino-Theater

Lustigerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
Volkstheater in drei Akten von
Pallas u. Stein.
Vorher das neue hunte Märzprogramm.
Sonnt. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

Folies Caprice

Budapester Posen-Theater
132 Linienstr. 122.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 7. Male:
Der Schmoel
und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Vorverkauf bei Berthelm.

Der Schmoel

und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Vorverkauf bei Berthelm.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Vorläufige Woche.
Die lebende Bräute auf Kubu
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung, II. Pr.: Schneewittchen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Gummistr. 15.
Zum letzten Male:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten nach dem
dänischen Roman von G. Klef.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonabend: Keine Vorstellung.

Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 143.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwoch 8 Uhr.
Sonabende für Sommer-
feste sind noch frei.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. B. Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Neu! **Johnke Compagnie** Neu!
Red. Pantomime.
Elsa & Magda
Evolution auf Doppel-Draht.
Montanis
Hunde und Katzen.
Margarit und Deltmar
Tanz-Duo.

'ne feine Nummer!

Bursche von Rag Koch

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Gebäude
Herrnfeld-Theater.
Familientag
im
Hause Prellstein
mit den Autoren Vinton u. Donath
Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Voranzeige!
Sonntag, den 1. April:
Abschieds-Vorstellung
mit vorhergehendem Festakt
u. Verabschiedung eines Souveniers
in Form eines Albums, welches
den Werdegang des Herrnfeld-
Theaters mit interessanten Ab-
bildungen enthält.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Kommas
oder: Die beiden Gartenmädchen.
Original-Charaktergemälde im Gesang
in 4 Akten von Gollert.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Billet-Vorverkauf von 10-1 Uhr
an der Theaterkasse.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kommas.

Otto Pritzkows
**Berliner Abnormitäten-
und Biograph-Theater**
Münzstr. 16. Münzstr. 16.
Welt-Biograph System
1906
Sy Sy ? ? ? ? ?
Die Wunder - Dilliputaner!
Die Fußkünstlerin!

Zentral-Verband der Dachdecker Deutschl.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 25. März, vorm. 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum 1. Mal. 2. Ergänzungswahl des Ausschusses.
3. Diskussion über die Verhandlungen des Verbandstages. 4. Verbands-
angelegenheiten. [54/5] **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Asphaltene, Pappdachdecker usw.
Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer Nr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Stellen wir und zum diesjährigen Lohnsatz?
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Asphaltarbeiter und Arbeiter zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fab. - Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 2781.*

Sanssouci. Kottbusser
Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt. u. Feiert. Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Sonnt. u. Feiert. 8 U.
Samst. 1. d. gr. Theateraal
8. nächst Saison (a. f. Mit-
woch) w. schon jetzt entg.

Goßmanns Festsäle
Kreuzbergstr. 48. Prof. Otto Ernert.
Jeden Freitag:
**Original-
Karburger Sänger**
Dir.:
Carl Frick-Kasche-Krause.
Anfang 8 Uhr.
X Entree 20 Pf. X

WINTERGARTEN
Letzte
Vorstellungen
der australischen Tänzerin
Saharet
als
Kaiserin der Sahara.
Außerdem
das glänzende März-Programm.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
Real-Einquantierung.
Wil. Humoreske v. Meyel
Anfang
Dienstag
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.


**Gustav
Behrens**
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.
Das sensationelle,
vollständig neue
März-Programm.
Nur Schlager.

III. Wahlkreis.
Sonntag, den 25. März cr., abends 6 Uhr, in den „Armin-
hallen“, Kommandantenstr. 20:
Oeffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Stripp über: Heinrich Heine, mit Rezitationen.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Entree inkl. Garderobe 20 Pf.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Tanz frei.**
Der Elberfelder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV 3353.

Sonntag, den 25. März 1906, vormittags 10 Uhr pünktlich,
im großen Saale des „Bereins Berliner Musiker“ (E. Glöner),
Kaiser Wilhelmstr. 18m:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten H. Wolfenbueh
über: „Kapitalisten-Organisation und Arbeiter-Organisation“.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, im Lokale von
Tempel, Alt-Bochagen 56:
Bezirks-Versammlung
für Rummelsburg u. Umg.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegen-
heiten. - Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 25. März 1906, vormittags 10 Uhr, im Saale
Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:
Branchen-Versammlung
aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten
Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die kulturelle Bedeutung der
Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Ritter. 2. Diskussion. 3. Be-
richt der Agitationskommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen
aller Kollegen notwendig.

Sonntag, den 25. März 1906, nachmittags 1/2 2 Uhr, im
Lokale von **Wi 11, Grünauerstraße 7:**
Bezirks-Versammlung
für Köpenick und Umgegend.
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Ver-
chiedenes. 114/19
Ehrenpflicht aller organisierten Metallarbeiter ist es, diese Versammlung
pünktlich zu besuchen. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.
Montag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1):
Branchenmitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Max Schütte über: „Heinrich Heine“.
2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste willkommen. Zahlreicher Besuch er-
wartet. 82/12 **Die Branchenkommission.**

Branche der Bohrer.
Sonntag, den 25. März 1906, vormittags Punkt 10 Uhr,
bei **Ahrns, Bruchstr. 20:**
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Unsere Stellung im Verbands. 2. Diskussion. 3. Aufnahme
neuer Mitglieder. 4. Wahl einer Kommission. **Die Kommission.**

Achtung! Bürstenmacher! Achtung!
Sonabend, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Walter,**
Abalbertstraße 63:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. „Bilder vom russischen Freiheitskampf“. Referent Genosse
Tarnow. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Um zahlreichem Besuch ersucht **Die Branchenkommission.**

Sonntag, den 25. März, 2 Uhr nachmittags
in den
Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aus der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.
Referent: Genosse **Eduard Bernstein.**
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, besonders der alten Genossen, bittet
Der Aktions-Ausschuss
Eugen Ernst.

**Zentral-Verband der
Schmiede.**
Zahlstelle Berlin.
Am Dienstag, den 20. März,
nachm. 4 Uhr, im
Lokale von **Max Pöhnisch**
im Alter von 21 Jahren an der
Proletarierkrankheit. 176/8
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 24. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Luisenstädtischen Fried-
hofes, Rixdorf, Hermannstr. 186 bis
190, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter - Gesangverein
„Flamme“.**
Am Dienstag, den 20. März,
nachm. 4 Uhr, im
Lokale von **Max Pöhnisch**
im Alter von 21 Jahren an der
Proletarierkrankheit. 65/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 24. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Luisenstädtischen Fried-
hofes, Rixdorf, Hermannstr. 186
bis 190, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer - Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Sonntag, 25. März: **Verkehrs-
Touren.** Früh 7 Uhr nach **Posen.**
Start Steuerhaus. Nachmittags nach
Schwalbe (Mitte). Start 2 Uhr
Schleifische Brücke.
Gleichzeitig werden die Genossen
auf die
Oeffentliche Versammlung,
welche am 25. März 1906, abends
1/2 9 Uhr, in Dräsis Festhölle, Neue
Friedrichstr. 35, stattfindet, aufmerk-
sam gemacht. Vortrag des Politikers
Steinschneider über: „Die Produktiv-
und Einfuhrgenossenschaft der Berliner
Arbeiter-Radfahrer und das Genossen-
schaftswesen im allgemeinen“. 72/1
Franz Krause, Luchterstr. 130.

Deutschlands Spezialgeschäft
für
Bettfedern
Erste Bettfedernfab. u. elekt. Betriebs
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
verleihen geg. Nachnahme garantiert
neue und gut erhaltene, gut gefüllte
Bettfedern u. Fed. u. 2.50-1.25;
prima Halbdaunen u. 1.75; Gänse-
rußfedern u. 2.00; prima weiße
Gänsehalbdaunen u. 2.50-1.50
echt russ. Nonopolddaunen u.
u. 2.25; echt russ. Kapa-
daunen u. 2.50
Von den Daunen gemischt 3-4 Fed.
zur groß. Oberbett. - Gänsefedern
(u. Rehen) u. 0.60 per Pfund; Gänse-
schlafteiler, wie sie von der Welt
fallen, mit allen Daunen u. 1.50.
Proben und Preisliste gratis. Um-
tausch oder Rücknahme gestattet.
Verpackung kostenfrei.
Zehnjähriger Umlauf über 2000
Jentner Bettfedern, von feinem
zweiten Bett u. Bett-
federengeschäft erreicht.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen
mit Abzahlungs-Geschäften
welche auch Konfektion
führen. 85L*
Extra - Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-War-
haus, sondern nur
Spezial-Möbelgeschäft.

**Krug zum
Grünen Kranze**
Alexanderplatz
(im Keller)
Allabendlich:
„Fidelitas!“
Damen-Orchester
Bedienung
nach Münchener Art.
Entree frei.
Säle v. 200-1000 Pers. fassend.

Orchester-Verein „Allegro“.
Wir erfüllen hiermit die traurige
Pflicht, allen Freunden und Be-
kannnten anzugeben, daß nach
kurzer, aber schwerem Leiden
unser allverehrtes, treues, lang-
jähriges Mitglied, der Kaufmann
Artur Buchholz
im noch nicht vollendeten
30. Lebensjahre sanft entschlafen
ist. Wir verlieren in unserem lieben
Buchholz nicht nur einen teuren
Freund und ein liebes Mitglie-
der, sondern auch die Stütze u. Aeres
Bereits, welcher letzterem u. lange
Zeit mit der größten Pflicht-
erfüllung angehörte. Die Be-
bauerin das so schnelle Dahin-
schleihen unseres lieben Kollegen
aus schmerzhaftester und wird er
und stets in bester Erinnerung
bleiben.
Ehre seinem Andenken.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 5 Uhr von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Rixdorf aus statt. 65/17

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Bezirk Pankow.**
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht,
daß die Leiche unseres nach noch
jungen aber nichtbestoweniger
eifrigen Parteigenossen
Gustav Bolle
aus Pankow, Röhlenstr. 52,
welcher seit dem 6. Februar cr.
krankt verstorben war, heute
Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr, auf
dem Friedhofe der Gemeinde
Pankow am Bahnhofs-Schloßhof
der letzten Ruhe übergeben wird.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
222/7 **Der Vorstand.**

Am 21. März, mittags 12 1/2 Uhr
verstarb meine liebe Frau und
unser gute Mutter
Wally Langosch.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Arbeiter-Krankenhanfes
(Eingang Birkenstraße) aus statt.
Berlin, den 22. März 1906.
F. Langosch und Kinder.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Bestoher
Louis Hummel
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 24. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirch-
hofes in Rixdorf, Hermannstraße,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/18 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen
zur Nachricht, daß unser Mitglied,
die Arbeiterin
Frida Zimmermann
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofs der Himmel-
fahrts-Gemeinde, Nieder-Schön-
hausen (Rixdorf) aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/17 **Die Ortsverwaltung.**

Am 18. März verschied plötzlich
unsere eifrige Mitarbeiterin und
Kollegin
Frida Zimmermann.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Himmelstahrs-Kirchhofes
in Rixdorf (Nieder-Schönhausen)
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Die Vertrauensleute der Firma
Siemens & Halske (Wernerwerk).

Für die vielen Beweise innigster
Teilnahme, sowie die zahlreichen
Kranzpenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, des Bauers
Karl Schilke
sage ich allen Verwandten und Be-
kannnten, besonders den Kollegen der
Arbeiter-Vereinigung der Bauern
Deutschlands, sowie Herrn Stern für
die trostreichen Worte am Grabe des
Entschlafenen meinen tiefgefühltesten
Dank. 6003
Die trauernde Wittwe Minna Schilke
nebst Kind.



11

extra billige Schuh-Tage!



Von **Sonnabend, den 24. März,**
bis **Dienstag, den 3. April.**

Sämtliche Waren sind von **durchaus tadelloser, garantiert fehlerfreier Beschaffenheit** und mit minderwertigen Angeboten absolut nicht zu vergleichen!

Preisherabsetzungen teils bis zu

20%!

Bitte! Nicht irren!
Man achte genau auf unsere volle Firma **Conrad Tack & Cie.** um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden!



Selten günstige Gelegenheit um den Bedarf in besseren **Schuhwaren** für das **Oster-Fest** zu decken!

Abteilung für Damen:

- Ein Posten farbig Melton-Pantoffel mit Filzsohle nur: **28 Pf.**
- Ein Posten farbig Melton-Pantoffel mit Filzsohle, in besserer Ausführung nur: **58 Pf.**
- Ein Posten Plüsch-Pantoffel mit Ledersohle nur: **65 Pf.**
- Ein Posten Haus-Schuhe, rot und schwarz Leder, mit durchgenähter Ledersohle und Fleck nur: **1 85 M.**
- Ein Posten Spangen-Schuhe, vorzügliches Rollleder sonst M. 3.20 **Ausnahme-Preis: 2 70 M.**
- Ein Posten Schnür-Stiefel, fein braun Leder, außergewöhnlich billig nur: **4 90 M.**
- Ein Posten Schnür-Stiefel, ff. Wildroßleder, mit Lackzierkappen sonst M. 7.50 **Ausnahme-Preis: 6 25 M.**
- Ein Posten Schnür-Stiefel, garantiert echt Chevreau, moderne Façon, sonst M. 7.50 **Ausnahme-Preis: 6 50 M.**
- Ein Posten Knopf- u. Schnür-Stiefel, aus bestem Perikalbleder, „Original-Goodyear-Welt“ sonst M. 10.75 **Ausnahme-Preis: 8 75 M.**

Abteilung für Herren:

- Ein Posten Plüsch-Pantoffel mit Ledersohle nur: **85 Pf.**
- Ein Posten Zug-Stiefel, aus kräftigem Wicheleder sonst M. 4.50 **Ausnahme-Preis: 3 90 M.**
- Ein Posten Zug-Stiefel, aus feinem Wildroßleder, mit Spiegellederbesatz, sonst M. 8.80 **Ausnahme-Preis: 7 45 M.**
- Ein Posten Schnür- und Schnallen-Stiefel, echt Boxhorse, elegante Promenaden-Stiefel, sonst M. 8.75 **Ausnahme-Preis: 7 65 M.**
- Ein Posten Schnallen-Stiefel, bewährte Qualität, sehr bequem, sonst M. 9.80 **Ausnahme-Preis: 7 95 M.**
- Ein Posten Schnür-Stiefel, mit Pa. Kalblack-Besatz, feine Gesellschafts-Stiefel, sonst M. 12.— **Ausnahme-Preis: 9 50 M.**
- Ein Posten Zug-, Schnür- und Schnallen-Stiefel, aus bestem Wichakalbleder, unverwüthliche Qualität, „Original-Goodyear-Welt“, sonst M. 14.— **Ausnahme-Preis: 11 25 M.**

Nur solange Vorrat!

Abteilung f. Knaben, Mädchen u. Kinder:

- Ein Posten starke „Schul-Stiefel“ aus gutem Wicheleder für Knaben und Mädchen, zum Schnüren und Knöpfen
Nr. 22-24 25-26 27-30 31-35
nur: **1 90 M. 2 50 M. 3 00 M. 3 50 M.**
- Ein Posten Mädchen-Knopfstiefel aus feinem Gemslleder, bequeme Paßform
Größe 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
sonst M. 3.90 M. 4.50 M. 5.10 M. 5.70 M. 6.30
Ausnahme-Preis: 3 20 M. 3 70 M. 4 20 M. 4 70 M. 5 20 M.
- Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Schnür-Stiefel La. genäht Kalbleder, allerbeste Schul-Stiefel
Größe 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
sonst M. 5.00 M. 5.50 M. 6.00 M. 6.50 M. 7.00
Ausnahme-Preis: 3 95 M. 4 45 M. 4 95 M. 5 45 M. 5 95 M.
- Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Schnür-Stiefel echt Boxkalf, weich und äußerst haltbar, elegante Façon
Größe 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
sonst M. 5.50 M. 6.00 M. 6.50 M. 7.00 M. 7.50
Ausnahme-Preis: 4 75 M. 5 25 M. 5 75 M. 6 25 M. 6 75 M.

Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Eigene Verkaufsgeschäfte in BERLIN und Umgegend:

C., Rosenthalerstraße 14.
C., Spittelmarkt 15.
W., Potsdamerstraße 50.
W., Schillstraße 16.
S., Oranienstraße 65.
SO., Oranienstraße 2s.
SO., Wrangelstraße 49.
SW., Friedrichstraße 240-241.

NW., Beusselstraße 29.
NW., Turmstraße 41.
NW., Wilsnackerstraße 22.
O., Andreasstraße 50.
O., Frankfurter Allee 125.
N., Danzigerstraße 1.
N., Müllerstraße 3.
N., Reinickendorferstraße 14.

Charlottenburg:
Wilmerdorferstraße 122-123.
Rixdorf:
Bergstraße 30-31.
Potsdam:
Brandenburgerstraße 54.

Jedes Jenensia-Rad: „Neue Zeit“:
ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder M. 65.—, Sozial-Luxus-Räder mit Freilauf, M. 100.—.
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.
23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

H. Zimmermann
Berlin SO., Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung.
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

1883 bis 1906 (auch einzelne Hefte) kauft
Buchhandl. Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Täglich von 4-8 Uhr nachmittags findet Probewaschen mit Seifenmaschinen und Waschpulver „Hyperie“ von dem größten Spezial-Fabrik-Geschäft der Welt Karl Kampmann Jr., G. m. b. H., Wilhelm-R. Str. statt.
Heinrich Lohbeck
Berlin N., Invalidenstr. 142, Hof-Quergebäude.

Lunge u. Hals.
Bei Husten, Heiserkeit, Verstopfung, Gicht, Rheuma etc. gebraucht man nur den **ganz echt. Russischen Knöterich**
Safers mit mildesten Zutaten M. 1.—, 3 Btl. 2.75 Bei 6 Btlern franks überall hin. **Reichel's Bonbons Pectoral.**
aus nur besten Wirkstoffen bestehend, sind wunderbar in ihrer Wirkung verdoppelt den Erfolg! 1 Btl. 1.20 M., 3 Btl. 3.60 M.
Versand hier frei Haus!
Otto Reichel, BERLIN 43, Gartenbahnstr. 4.

Raucht **Spree-Blume** Zigaretten.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Umfiehl:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für forpulenten Herren passend.
Dieselben sind von feinen Cavalieren und Heilenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.
Fahrgehd wird vorgütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten. 57012*

Dresdenerstr. 97
Colosseum
Spezialitäten
Otto Steidels Hamburger Sängers.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Eintritt 30 u. 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt. Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**
Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Vierter Verhandlungstag.

Kottbus, 22. März.

Die heutige Sitzung begann mit einer Erörterung zwischen dem Staatsanwalt und dem Verteidiger darüber, wie weit die Beweishebung über die Betriebssicherheit und die sanitären Verhältnisse auf der Stadtgrube sich zu erstrecken habe.

Nach einigen unwesentlichen Zeugenausagen kommen Mißhandlungen von Arbeitern zur Sprache.

Den Anlaß dazu bietet ein von Gärtner herausgegebenes Flugblatt, worin gesagt wird: Beamte vom Inspektor bis zum Steiger haben Arbeiter geprügelt, darunter alte Leute, die bis 20 Jahre auf der Grube beschäftigt sind.

Ein Zeuge, der ruhig und sicher auftritt, hat im Herbst 1903 gesehen, daß ein Mann, den er nicht kennt, den er aber seinem Vetter nach für einen Grubenarbeiter hielt, aus dem Kontor des Betriebsinspektors Möller kam.

Ein anderer Zeuge bekundet, daß Möller einem Arbeiter, der angegriffen war und einen Wortwechsel mit ihm hatte, eine Ohrfeige gab. Der Mann hatte den Inspektor „Lump“ genannt.

Es kommen noch mehrere Fälle von Mißhandlung zur Sprache, die dem Inspektor Möller nachgesagt werden. Die Feststellung der Einzelheiten macht insofern einige Schwierigkeit, als die Zeugen nicht immer mit Sicherheit angeben können, welcher Arbeiter es ist, von dessen Mißhandlung sie Kenntnis haben.

Es kommen noch andere Mißhandlungen zur Sprache, die teils in bezug auf den Inspektor Möller, teils in bezug auf den Steiger Raab behauptet werden.

Die Ansicht des Gerichtsvorsitzenden über den Umgangston im Bergwerk

wird an folgendem Zwischenfall illustriert: In bezug auf einen Schachtmeister wird behauptet: Als einmal eine Betriebsstörung eintrat, welche der Schachtmeister auf Verschulden der Arbeiter zurückführte, schmauzte er die Arbeiter an: „Ihr Bande, verfluchte, ich haue Euch, daß Ihr Lumpen kockt!“

wäre, wenn er auch in diesem Tone spricht. Dadurch wird sich keiner beleidigt fühlen.

Bestrafung eines Zeugen.

Ein Zeuge, der als Arbeiter der Stadtgrube beschäftigt war, hat von seiner Arbeitsstelle aus gesehen, wie Inspektor Möller einen Arbeiter schlug. Der Zeuge erzählt seine Wahrnehmung so: Möller und der Arbeiter Schiemenz waren im Wortwechsel; Schiemenz suchte mit den Händen, Möller ging zurück und schlug den Schiemenz mit seinem Stod über den Kopf, daß Blut herunterlief.

Der angegebene Mißhandlungsfall, den dieser Zeuge bekundet, wird vom Inspektor Möller wieder ganz anders dargestellt. Er will sich auch diesmal wieder einen betrunkenen Arbeiter, der ihn angegriffen habe, abgewehrt haben.

Die Beweishebung setzt sich in derselben Weise wie bisher fort. Es handelt sich jetzt hauptsächlich um das Verhalten der Steiger den Arbeitern gegenüber. Auch in dieser Hinsicht machen mehrere Zeugen Angaben über Mißhandlungen von Arbeitern durch die Steiger.

Unter solchen Umständen machen die meist etwas unbeholfenen Zeugen keine bestimmten Angaben. Wenn dann der Verteidiger Fragen an die Zeugen stellt, die sie anfangs nicht besser verstehen als die Fragen des Vorsitzenden, dann ändert sich mitunter das Bild der Zeugenaussage etwas.

Das ist nur eine Stichprobe von diesen derartigen Szenen, die sich während der Verhandlung in großer Zahl abspielen.

Außer von Mißhandlungen ist auch von großen Kraftausdrücken die Rede, deren sich die Steiger im Verkehr mit den Arbeitern bedienen. „Ich schlage Ihnen die Knochen entzwei und drehe Ihnen das Genick um!“ — „Ich schlage Euch mit der Dampfe in die Fresse!“ — Solche und ähnliche Redensarten werden den Steigern nachgesagt.

Aus Industrie und Handel.

Wir sind die Herren!

Die „Frankf. Ztg.“ beklagte sich, daß sie von der Gelsenkirchener Gesellschaft kopfottert sei, darauf teilt das „Berl. Tagebl.“ mit, daß auch ihm die Gnadenhand des Herrn Kirdorf nicht mehr schme.

„Antwortlich Ihrer gefälligen Anfrage vom 15. d. M. bin ich der Ansicht, daß die Beteiligten der Industrie freiwillig keine Beziehungen zu derjenigen Presse unterhalten sollen, welche systematisch die Gegarteit gegen sie betreibt.“

Geschäftsvoll

gez. Kirdorf.

Das Selbstgefühl des Industrielönnigs spricht aus jeder Zeile, aber der Brief ist auch ein Zeugnis der Erbfeindschaft zwischen Kapital und Arbeit. Zum Zeufel mit den Harmonieduseleien! Wer für die Arbeiter eintritt, ist ein Feind des Kapitals; Interessengemeinschaft gibt es nicht!

Anerkennung Kapitalismus. Die große Aktienspinnerei in Gausstadt-Camburg verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 20 Proz. Das Unternehmen zählt keinen Arbeitern und Arbeiterinnen außerordentlich schlechte Löhne und die Arbeiterfamilien leben daher im tiefsten Elend.

Der „Pönnig“ steigt! Der „Pönnig“, Vergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft, der in den letzten drei Jahren 8 Proz., 9 Proz. und 9 Proz. Dividende verteilte, erzielte für das erste Semester des neuen Geschäftsjahres einen das vorjährige Ergebnis der gleichen Periode um 1800 000 M. übersteigenden Ueberschuß.

Der Union-Sumpf. Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft Union-Dortmund genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals. Die Vergrößerung des Antrages der Verwaltung auf Kapitalerhöhung bietet einige interessante Punkte.

Donnerstagsmarche. Obwohl im letzten Geschäftsjahr viele Vorrichtungen zu bewältigen waren, fähigte die Gesellschaft doch mit einem höheren Gewinn ab, mit 3 782 200 M. gegen 3 678 901 M. in 1904.

Eingegangene Druckschriften.

Wochenschrift für Soziale Medizin. Nr. 12. Herausgeber: Dr. R. Lemhoff. Preis: vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 30 Pf. Verlag: „Gutenberg“-Druckerei, Berlin W. 35.

Teures Fleisch — billige Seefische!! Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Seefisch-Kochbücher gratis. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8964. Verkauft-Niederlagen: Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53

Wir empfehlen besonders: Kabeljau ohne Kopf 22 Pf. im Anschnitt 25 Pf. Gr. Schellfisch mit Kopf 27 Pf. im Anschnitt 35 Pf. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Inventur- Ansverkauf. Portieren

Blisch-Portieren	2 Schals und ein Lambrequin zusammen	à 20, 12 und 9 M.
Tuch-Portieren		15, 10 " 6 "
Velvet-Portieren		25, 15 " 10 "
Brokat-Portieren		18, 14 " 12 "
Wolffrey-Portieren		12, 10 " 7,50 "

Teppiche

Salon-Teppiche	à 90, 65 und 50 M.
Schiff-Teppiche	65, 40 " 30 "
Zimmer-Teppiche	50, 30 " 25 "
Wohn-Teppiche	35, 25 " 20 "
Herrn-Teppiche	25, 18 " 15 "
Sofa-Teppiche	14, 8 " 6 "
Wett-Teppiche	5, 2,50 " 1,25 "

Außerdem große Posten zurückgesetzter Steppdecken, Gardinen, Diwanddecken sowie vorjährige Muster in Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima Felle, wollene Schlaf- und Reisdecken jetzt nach der Inventur zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

Teppichhaus
B. Hurwitz
Rotes Schloß
vis-a-vis dem National-Denkmal.

Moerner's Blumengarten

Ober-Schöneweide

Dampferstation Stern

empfehlend zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.
2 Säle. — 3 Kaffee-Kochküchen.

Kapitän-Cigaretten

gesetzlich geschützt! 375L*
— unerreicht in Qualität durch Mischung —
der feinsten türkischen Tabake.

Carl Röcker, BERLIN, Gröner Weg 112. Amt VII, 3861.



Es gibt andere Cigaretten derselben Qualität —
Es gibt andere Cigaretten zum gleichen Preise —
Aber es gibt keine derselben Qualität zum gleichen Preise wie

JOSETTI CIGARETTEN

Dies ist der Grund warum sich Josetti-Cigaretten unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen. Cigaretten, die ihnen in Aroma und gehaltvollem, vollsaftigem und doch mildem Geschmack gleichkommen, kosten zweimal so viel — oder mehr.

Josetti

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen - Verkaufhaus Verulfastrasse 11/12 Inventur-Ansverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 12918*

Steppdecken billigt Herbst Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 5148

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrischem Jute, zusammen 10,50, nur (Handleiche) Andreasstrasse 38. *

Motorrad - gestricheltes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstrasse 38. 13428*

Kommerzielles Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laten, Stück 1,00. Handleiche Andreasstrasse 38. Elektrische nach überall. 13438*

Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Kissenverkauf, Steppdecken, Bettstühle, Tischdecken, Teppichverkauf, Kissenverkauf, Unterbetten, Herrenkleidung, Damenkleidung, Herren- und Damenkleidung, Herren- und Damenkleidung, Herren- und Damenkleidung. Handleiche Weinweg 40. 740*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Dadescher Markt 4, Bahnhofsstraße. 25112*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstrasse 29, Eschstrasse 40. 13398*

Pianinos Riete, Teilzahlung. Andersen, Schillingstrasse 38. 28817*

Schornsteine Herrenanzüge, Paletots, feinsten Rohstoffen hergerichtet, 18-38,00. Herrenkleidung verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Verkaufshaus, Köpenickerstrasse 63, I. *

Dame verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Ständer, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren, Dresdenkerische 38, vorn II Unts. 10315*

Konkurrenz, billige Bezugsquelle, Reinholdstrasse 54. 782*

Geübte, Weibchen Lige, Braunstrasse 34, Hof 4. 7132

Konkurrenz, Selbstverkauft, feinstes, König Chaussee 24 a, Südman. 7132

Konkurrenz, feinstes, Justizweibchen, junge, sprechende Papageien, auch Tausch, Kommandantenstrasse 52, Restaurant Vogelweil. 12508*

Teppiche mit Handwebmaschinenfabrik, Niederlage Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 5148

Möbel aller Art, Kleiderstühle, Garderobenstühle, Bettstühle, Stühle, Küchenschänke, neu und gebraucht verkauft billigst Möbelfabrik Dresdenstrasse 117. 5148

Gardinen, Böden, Betten, Uhren, Goldschmuck, postbillig, Handleiche, Rüstenerplatz 7. 13448*

Damenfahrrad, gut erhalten, verkauft Ludw., Nieder-Schöneweide, Grünauerstrasse 6 III. 6355*

Motorrad, gebrauchtes 135,-, Friedrichstrasse 125, Rante. 6445

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Sellmann, Gollnowstrasse 26. 11328*

Geübte Damen, Kollmannstraße 4, I. 6128

Geübte Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, Reine-Hallen. 11598*

Brautleute kaufen geschmackvolle Einrichtungen außergewöhnlich billig. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salons, Gardinen, Paneele, großer geschlossener Truhen mit Stufe 32,-, Bettstellen mit gediegenem Federboden 35,-; Schönste farbige Küchen 60,-; Gähne Burgarten 18,-; Stauden große Auswahl. Eigene Werkstätten. Girschowitz, Mariannenstrasse 7a. 12192*

Teppiche, Gardinen, Betten, Felle, Anzüge, Remontierarbeiten, Uhrreparatur, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Regulatoren, Operngläser, Kronenlampen, Bilder, Spiegel, Möbel postbillig, Ludw., Grünauerweg 113. 10414*

Teilzahlung, Betten, Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbel, Bilder, Spiegel, Steppdecken, Tischdecken, Remontierarbeiten, Freischwinger, Kronenlampen, Brunnenschänke, postbillig, Handleiche, Grünauerweg 113. 10415*

Pianino, freizügig 140,-, Turmstrasse 8, parterre. 10413

Dame verkauft elegante Speisekammer, Salonmöbel, Tischstühle, Bildstühle, Säulensamson 32,00, Paneele, Gardinen, Stores, Tischdecken, drei Zimmer Möbel, jeden Preis, Landwehrstrasse 42, II. 6836

Parquet, Wahlvereine, Zahlreife, 1200 Riete, mit Pianino, Billard, More 2300. Näheres Ritterstrasse 18. 744

Zigarrengeschäft, gutgehend, 600 Mark, mit Wohnung, verkauft sofort postbillig, Köpenickerstrasse 37. 7132

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Für Nachweis Proportion. Rüdigerstrasse 60/61, Große Frankfurterstrasse 43, Prengelstrasse 59/60. *

Nähmaschinen, Berggüte bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Woche 1,00. Postkarte. Bruner, Küsterstrasse 90. 744*

Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 17

Zwei große Metallkan 2,70, Bettbezug und zwei Kopfkissen 3,90. Herrenkleidung, Herrenkleidung 3,40. Ausstattungen, sowie elegante Herrenkleidung postbillig. Bäckersabrik Salomonstraße 21 (Alexanderplatz). 23610

Dame verkauft Salongarnitur, Monat im Gebrauch, sehr billig; verlässliche Nähmaschine, englische Bettstelle, Teppiche, Stores, Händler verkaufen. Wasserstrasse 32, Hofparterre. 6858

Handschalter fast neue Dirsch, Palettolette 17,00, Tischstühle 48,00, Schlafzimmer, Schränke, Tische, Bilder, Küchenschänke, verschiedenes, Paneele, Drehtische 52, Hauswirt.

Material, Buchwaren, Wehl- und Porzellan, mit Konzeption, für Tisch, Seitenanzug für 1100 Mark verlässlich Tischstrasse 29. 6788

Wirtschaft, Brautleute passend, Weidenweg 85, Schie. 740

Nähmaschinen, alle Modelle, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt. Wienerstrasse 6, Aderstrasse 113. 6776

Rosenthalerstrasse 57, I. Etage. Gelegenheitskäufe. Neu eingetroffen: Große Posten abgeputzter Gardinen, Fenster 1,35, Stores, weiß und creme, Stück 1,45, Läuferdecken, Stück 1,65. Ferner Gardinenstoffe zu 1 bis 4 Fenstern, Bonnes, Kommode, Rouleaux, Teppiche, Läuferstoffe, Portieren, Steppdecken bedeutend unter Preis. Gardinen-Zweig, kein Laden. 28916

Parquet, Wahlvereine, Zahlreife, 1200 Riete, mit Pianino, Billard, More 2300. Näheres Ritterstrasse 18. 744

Zigarrengeschäft, gutgehend, 600 Mark, mit Wohnung, verkauft sofort postbillig, Köpenickerstrasse 37. 7132

Bauvereine, Steinterrassen, am Bade gelegen, zehn Minuten Bahnhof, 1800 Radomski, Gräberstrasse 69/70, II. Kaufzeit mündlich 6-10 abends.

Parquet, Wahlvereine, Zahlreife, 1200 Riete, mit Pianino, Billard, More 2300. Näheres Ritterstrasse 18. 744

Zigarrengeschäft, gutgehend, 600 Mark, mit Wohnung, verkauft sofort postbillig, Köpenickerstrasse 37. 7132

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütshierstrasse 94a. 3485*

Kunstoperette von Frau Koloski, Charlottenburg, Goethestrasse 84, I. *

Handleiche, Pringelstrasse 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 962*

Platinabfälle, alte Goldschmuck, alte Silberarbeiten, Brautgold, alte Schmuckstücke, Redgold, photographische Aufnahmen, Treffen, alte Uhren sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberverarbeiter Brod, Brangelstrasse 4, Telefon 4. 6958. 10416*

Kaufpolsterung, Ratsstrasse 4, 600, Neue Köpenickerstrasse 2. 10417*

Volkshumorist Balg, Kaiserstrasse 41. 716*

Die Beleidigungen gegen Frau Reumann nehme ich zurück und erkläre mein Bedauern darüber, selbige getan zu haben. Seelischowitz, Altdorf, den 17. März 1906. 7120

Gudrich, Volkshumorist, auch Gesellschaft, Rente 1a. 790*

Geübte Leger, bis 60 Pf. Stundenlohn, sowie geübte Hilfsarbeiter gesucht. Berliner Lapidon-Werke. Meldungen auf der Arbeitshütte Lindowerstr. 18/19. 5502*

Für die Abteilungen:
Kleiderstoffe
Putz
Passementerie
Konfektion
Futterstoffe

Möbelstoffe
Gardinen
Haushaltungsartikel
Bijouterie
Seifen

suchen wir
tüchtige Verkäuferinnen
bei hohem Gehalt.

H. Greifenhagen Nchf., Brunnenstr. 17/18.

Vorstellung 12-1 Uhr.

Vermietungen.

Bardier und Friseurladen zu vermieten Rattenstrasse 17. 4096*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinde Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. R. Bläser, Muldenstrasse 27. 14656

Stellenangebote.

Bergolder, welche Holzketten polieren können, verlangen D. Rohde & Co., Grünauerweg 58. 10417

Einem Schiefer auf Weiden verlangt E. Riepmann, Am Löhov 9.

Brunnenbauer, zuverlässigen, tüchtigen, für dauernd verlangt Brunnenbaumeister Köhne, Reuendorf bei Potsdam. Meldungen schriftlich.

Zeitung, welcher die Gärtnerei erlernen will, verlangt Girschowitz, Köpenickerstrasse 149. 6806

Züchtiger Klempner, der auf Gasbadeöfen arbeitet, wird per sofort als Vorarbeiter gesucht. J. Girschowitz, Köpenickerstrasse 149. 6826

20 Malergewerken, tüchtige, verlangt Emil Höbner, Eisenacherstrasse 25. 6796

Grabenreinigung verlangt Walter, Kommandantenstrasse 53. 6866

Plätterinnen auf gereinigtes und gefärbte Damengarnarbeiten gesucht. Altenberg Gärberei, Weihenfer, Langhandstrasse 4. 7136*

Zeitungsfrauen (sofort verlangt) Pringelstrasse 41. 10317*

Zeitungsfrauen (sofort verlangt) Pringelstrasse 41. 10317*

Grabenreinigung verlangt Walter, Kommandantenstrasse 53. 6866

Plätterinnen auf gereinigtes und gefärbte Damengarnarbeiten gesucht. Altenberg Gärberei, Weihenfer, Langhandstrasse 4. 7136*

Zeitungsfrauen (sofort verlangt) Pringelstrasse 41. 10317*

Zeitungsfrauen (sofort verlangt) Pringelstrasse 41. 10317*

Zeitungsfrauen (sofort verlangt) Pringelstrasse 41. 10317*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Für das am Kommandanten neu errichtete Werk Bogenlampenfabrik der Siemens u. Schuckert-Werke Aktiengesellschaft werden gesucht für den Konsumverein: 10816

1 Lagerhalter,
1 Kassiererin,
1 Hamell,
1 Köchin, welche mit Dampf kochen kann (für 800 bis 1000 Personen).

1 Bierabzieher,
3 Hausdiener,
1 Schlächter,
4 Küchenmädchen

zur Einstellung in der Zeit vom 1. bis 15. April.

Bewerbungen sind schriftlich zu richten an **Max Sypniewski,** Siemens u. Schuckert-Werke, Charlottenburg, Pringelstrasse.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Hohlestraße Berlin.)

Wegen Lohnhöherungen ist das Personal der Firma Fritz Leonardin, Luruspapierfabrik, Köpenickerstr. 112, entlassen worden. 23112

Der Betrieb ist für Goldschmittmacher, Luruspapier- und Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen, Träger und Trägerinnen, sowie Monogrammbrüderinnen gesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 69. Freitag, den 23. März 1906.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schönhausen. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 25. März, 1/8 Uhr von Dicker, Eidenstr. 70 aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Es ist Pflicht der Genossen, sich in großer Anzahl daran zu beteiligen, die Stichtwahl steht vor der Tür. Das Wahlkomitee.

Rudow. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, 8 Uhr bei Palm statt. Tagesordnung: Berichterstatterung von der Kreisgeneralversammlung, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Pflicht aller Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Die Charlottenburger Armen- und Waisenpflege.

Die Charlottenburger Armenverwaltung veröffentlicht ihren Bericht für das Jahr 1904, der in mancher Beziehung recht lehrreich ist und auch den Einwohnern anderer Gemeinden, insbesondere den Gemeindevertretern viel Interessantes bieten dürfte.

Die Ausgabe des Jahres 1904 weist bei einzelnen Positionen nicht unerhebliche Steigerungen auf, die freilich zum Teil durch die Vermehrung der Bevölkerung um mehr als 12 000 bedingt sind. So bei den Ausgabenposten für bare Unterstühtungen, für Arzneien und Milch, für die Unterbringung von Geisteskranken. Sehr erheblich angewachsen gegen das Vorjahr sind infolge der verstärkten Fürsorge für Lungenkranke die Ausgaben für die Entsendung Lungenkranker in Heilanstalten, und ferner die Ausgaben an Pflegegeldern für Kinder, deren Zahl in fortschreitender Zunahme begriffen ist. In vielen Fällen handelt es sich um eine Inpflanzung wegen Krankheit der Eltern, wegen häuslicher Verhältnisse, die demnächst zur Fürsorgeerziehung führen, usw. Zum Teil ist die Erhöhung der Ausgaben auch bedingt durch die noch immer nicht völlig gehobene Wohnungsnot. Die Preise der kleinen Wohnungen sind auch jetzt noch außerordentlich hoch; dadurch werden vielfach Ermittlungen herbeigeführt, die die Eltern nötigen, wenigstens für eine gewisse Zeit die Kinder der Stadt anheim fallen zu lassen. Die im Jahre 1904 fortgeführte Feststellung der Mietpreise der Armenwohnungen für 1904 hat bei 142 gezahlten Wohnungen von Stube und Küche einen Durchschnittssatz von 20,84 M. monatlich (darunter in 16 Fällen über 25 M., in 3 Fällen über 30 M. monatlich) ergeben. Bei weiteren 36 im ersten Halbjahre 1905 neu gezahlten Wohnungen stellt sich der Durchschnittsmietpreis für Stube und Küche sogar auf 21, 24 M. monatlich. Bei den Wohnungen mit Asternmietern sind die Preise noch höher gewesen, für sie betragen im Vorderhause die Durchschnittsmietpreise 23 und 23,50 M., im Hinterhause 22,70 M. monatlich für Stube und Küche. Das geringe Angebot kleiner Wohnungen — die im November 1904 zu verzeichnen gewesene etwas größere Zahl leerstehender kleinerer Wohnungen war schon im Mai 1905 wieder erheblich herabgegangen — in Verbindung mit der Höhe der Mietpreise nötigen naturgemäß die Armenbevölkerung dazu, sich mit dem denkbar geringsten Raum zu begnügen. Ueberfüllte Wohnungen sind daher keine Seltenheit. Unter 284 Wohnungen von Stube und Küche waren 59 von mehr als fünf Personen, 16 sogar von mehr als sieben Personen bewohnt gewesen; bei den Wohnungen mit Asternmietern ist leider eine Auszählung dieser Personen nicht erfolgt. Familien mit zahlreichen Kindern sind bei dieser Sachlage dauernd noch immer erheblichen Schwierigkeiten bei der Erlangung einer Wohnung ausgesetzt. Vor allem aber ist die Armenverwaltung in unermindelter Weise genötigt, wegen der Höhe der Mieten höhere Unterstühtungen zu gewähren, als es bei niedrigen Mietpreisen geschehen könnte, ohne daß doch die Armen selbst dadurch etwas mehr erhalten.

Eine weitere Vermehrung der Ausgaben ist durch die verbesserte Fürsorge für Lungenkranke entstanden. Dieser Frage ist auch im Jahre 1904 wieder besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Armenpflege hat dabei wie bisher mit der Lungenkrankenfürsorge vom Roten Kreuz des Vaterländischen Frauenvereins ständig Hand in Hand gearbeitet. In den Lungenheilstätten sind im Jahre 1904 ganz oder teilweise auf Kosten der Armenverwaltung 243 Personen behandelt worden, für die die Kosten für die Armenverwaltung 40 828 M. betragen haben. 7 nicht mehr heilbare Lungenkranke sind mit einem Kostenaufwand von 1682 M. in den beiden Pflegeheimen Vergrieden und Eckardheim bei Vielesfeld verpflegt worden; für weibliche nicht mehr heilbare Lungenkranke fehlt leider noch immer ein Pflegeheim.

In den Erholungsstätten vom Roten Kreuz sind im abgelaufenen Jahre 157 Personen, größtenteils Lungenkranke, untergebracht worden; die Kosten haben nahe 4000 M. betragen. Zum erstenmal war es im abgelaufenen Jahre möglich, männliche Lungenkranke auch im Winter in der Erholungsstätte Eichkamp unterzubringen, die als erste solche Stätte auch für den Winterbetrieb eingerichtet worden ist.

Mit dem 1. April 1905 ist von der Armenverwaltung ein besonderer Vertrauensarzt für Tuberkulose angestellt worden, der alle für die Heilstätten bestimmten Personen untersucht und sie nach der Entlassung aus der Heilstätte in regelmäßigen Zwischenräumen nachuntersucht. Ihm ist zugleich die Leitung der am 1. April 1905 eröffneten, mit der Lungenkrankenfürsorge vom Roten Kreuz zusammenarbeitenden städtischen Fürsorgestelle für Lungenkranke übertragen worden.

Auch der Bekämpfung des Alkoholismus ist weitere Aufmerksamkeit gewidmet worden. acht Personen sind in Trinkerheilstätten behandelt worden. Die vom Regierungsrat Quensel verfaßten Alkoholmerkblätter sind durch die Armenkommissionen an alle laufend Unterstühten und durch den freiwilligen Erziehungsbeitrag an seine männlichen Pflegekinder verteilt worden.

Der Prozentsatz der Unterstühtungen zur Bevölkerung ist im Berichtsjahr gegen 1903 etwas gesunken, von 3,04 auf 2,98. Die Zahl der laufend unterstühten Personen ist dagegen von 2500 im Jahre 1903 auf 3004 gestiegen. Unter ihnen befinden sich nur 758 Männer, dagegen 2246 Frauen, unter den überhaupt Unterstühten nicht weniger als 1919 Witwen. Ursache der Unterstühtung sind bei den laufend Unterstühten auch in diesem Jahre überwiegend Krankheit, Altersschwäche, Gebrechen, Tod des Ernährers, allein oder in Verbindung mit anderen Ursachen gewesen: Auf sie entfallen nicht weniger als 2487 von den 3004 Fällen. Die Annahme, daß in übermäßig großer Zahl eheverlassene oder getrennt lebende Frauen unterstüht würden, hat in den Zahlen keine Bestätigung gefunden; die Zahl solcher laufend unterstühten Frauen hat nur 317 betragen. Auch die früher behagte Annahme, daß im Uebermaße ältere Angehörige von ihren Kindern und Schwiegerkindern nach Charlottenburg geholt werden, um dort die Wohlthaten der Armenpflege zu genießen, erweist sich als nicht stichhaltig.

Im ganzen sind nur 231 Frauen und 42 Männer, die bei Söhnen, Töchtern, Schwiegerkindern und Schwiegerkindern wohnen, laufend unterstüht werden. Sehr erfreulich ist die geringe Zahl der Unterstühtungen wegen Arbeitslosigkeit; nur 31 solche Fälle sind gezählt worden.

Im ganzen ist die Gesamtausgabe pro Kopf der Einwohnerzahl von 1886 bis 1904 von 1,79 auf 4,82 M. gestiegen. Trotzdem sind die Ausgaben prozentual niedriger als in einer großen Reihe anderer Gemeinden, vor allem in Berlin.

Was ergibt sich aus dem Bericht? Einmal, daß die Ausgaben der Armenverwaltung erheblich angewachsen sind infolge der verbesserten Armenpflege, sodann aber, daß mit dem Augenblick, wo die Gemeindeverwaltungen wirklich vorbeugende Armenpflege auf allen Gebieten treiben würden, die Ausgaben wieder abnehmen. Das gilt besonders für die durch Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit hervorgerufene Notlage. Es hat keinen Zweck, stets und ständig über die zunehmenden Ausgaben zu klagen; viel angebrachter wäre es, zu verhindern, daß die Leute in Not geraten und der Armenverwaltung anheim fallen. Läßt sich das Ziel auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht erreichen, so wäre es doch bei gutem Willen leicht möglich, wenigstens einen Teil der Ausgaben zu ersparen — nicht, indem man den Armen weniger gewährt als heute, sondern indem man vorbeugende Armenpflege treibt. Hierauf hinzuwirken, ist vor allem die Pflicht der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Tegel. Auch für Tegel sind nun die Gemeindevahlen öffentlich ausgeschrieben. Die für uns in Betracht kommende dritte Abteilung wählt am Dienstag den 27. März von vormittags 11 bis abends 8 Uhr im Rabijschen Saal (Alter Krug), Hauptstr. 14. Zu wählen ist ein Richtungsseiner. Es soll dies der zweite sozialdemokratische Vertreter im Tegelers Gemeindepalast werden, daher ist es Pflicht eines jeden wahlberechtigten Genossen, an die Wahlurne zu treten und seine Stimme nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen Max Lichtenberg, zu geben. Die festgesetzte Wahlzeit ermöglicht es einem jeden, seiner Wahlpflicht zu genügen. Also auf zum Kampf und Sieg!

Friedenau. Die Gemeindevahl sollte bekanntlich am 20. März stattfinden; sie hat nun aber eine Verspätung erfahren, indem die Firma Daafenstein u. Bogler an den Anschlagtaulen das Datum falsch angegeben hatte. Es mußten, wie der Bürgermeister in der letzten Gemeindevahlversammlung ausführte, die 2500 Wähler der dritten Klasse durch Postkarten benachrichtigt werden. Für die dadurch entstandenen Unkosten soll die Firma verantwortlich gemacht werden. Die Wahlen finden nun am 27. und 28. März statt.

Die Unfähigkeit des zu den Gemeindevahlen geltenden Dreiklassenwahlsystems erhält durch die in Schönholzerheide stattgefundene Wahl einen neuen Beitrag. Dort sollten an Stelle des Herrn Dr. Schneider und des derzeitigen Gemeindevorstehers Samidi zwei Gemeindevorteiler in der ersten Wählerklasse gewählt werden. Es erschien aber niemand zum „Wahlakt“ und so konnte die Wahl nicht stattfinden. Ubrigens ein Beweis, welches Interesse manche Kreise an der Entwicklung der Gemeinde nehmen.

Wahlergebnisse.

Reinickendorf. Bei den gestrigen Gemeindevahlen eroberten unsere Genossen das letzte noch fehlende Mandat der dritten Wählerklasse. Unser Genosse Schiller erhielt 343 Stimmen, der gegnerische Kandidat Stoh blieb mit 206 Stimmen im Hintertreffen. — Wir machen unsere Wähler der zweiten Wählerklasse noch darauf aufmerksam, daß für sie die Wahl heute nachmittag von 3—5 Uhr stattfindet. Tue jeder seine Pflicht, damit wir auch in dieser Wählerklasse Breche legen können.

Zehlendorf. Die gestrigen Gemeindevahlen, die bei einer sehr starken Beteiligung stattfanden, brachten für unsere Genossen Scheler im ersten Bezirk 120 Stimmen, den Gegnern 160 Stimmen. Im zweiten Bezirk erhielt Genosse Köhler 170 Stimmen, der Gegner Hammer 214 Stimmen. Im ersten Bezirk findet Stichtwahl statt, zu der wir erlauben, mit allen Kräften zu agitieren, um dem Genossen Scheler zum Siege zu helfen.

Groß-Westen. Bei der am 21. März stattgefundenen Stichtwahl wurde unser Genosse Julius Köhle mit 20 gegen 12 Stimmen gewählt. Auch in Klein-Westen siegte unser Genosse mit 13 gegen

4 bürgerliche Stimmen. Trotz aller Saalabtreiberen marschieren nun die ersten Genossen ins Gemeindepalast und werden das in sie gesetzte Vertrauen in jeder Weise rechtfertigen.

Charlottenburg.

Tot in seinem Bette aufgefunden wurde gestern vormittag das etwa 22jährige Dienstmädchen Anna Duwe. Das bei einer Herrschaft in der Weibtreustraße 20 bedienstete Mädchen, das als sehr lebenslustig im Hause bekannt war, erschien gestern vormittag nicht zur Ausführung seiner Obliegenheiten. Als man nach der Ursache forschte, fand man das Mädchen tot im Bette auf. Da ein sofort hinzugerufener Arzt die Todesursache nicht feststellen konnte, wurde die Leiche von der Polizei beschlagnahmt und dem Schauhause überwiehen. Die Obduktion wird das Nähere ergeben.

Rixdorf.

Genossen! Nur wenige Tage trennen uns noch von den Wahlen zu den Gewerbegerichten. Versäume niemand, sich die Legitimation von der Polizei zu holen. Gleichzeitig machen wir auf die heute abend 8 Uhr im Lokal von Thiel, Bergstr. 151/152 stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam, in welcher Genosse Adolf Ritter über die Bedeutung der Gewerbegerichte sprechen wird. Das Gewerkschaftskartell.

Mitgliederversammlung vom 20. März in Duppels Festsälen. Daß sich die Rixdorfer Arbeiterkraft die Beschlüssen der Herren Veltz und Konsorten nicht so ohne weiteres gefallen lassen, bewies der außerordentlich starke Besuch der Versammlung. Genosse Böcke hatte das einleitende Referat übernommen. Redner ging in kurzen Zügen auf einzelne Punkte bei der Erörterung zum Stadthaus ein, dabei selbstständig die „soziale Fürsorge“ unserer bürgerlichen Stadtväter ins rechte Licht rückend. Hauptächlich seien die Armenpflege sowie die Verhältnisse dringend der Verbesserung bedürftig. Die Fahrt auf der Stadt- und Ringbahn sei des Morgens geradezu lebensgefährlich; in den Wagen dritter Klasse seien die Passagiere eingepfercht, während die zweite Wagenklasse fast leer fahre. Wenn bis jetzt kein Unglück vorgekommen, sei dies lediglich der Besonnenheit der Arbeiter zu danken. Entweder müßten die Wagen zweiter Klasse durch solche dritter Klasse ersetzt, oder auch dem großen Verkehr freigegeben werden. Während vom Magistratsrat diese Vorschläge zum größten Teile abgelehnt wurden, wurden sie von bürgerlicher Seite direkt in Abrede gestellt. — Hier gestiel sich besonders Herr Veltz, der ja durch sein eigenartiges Auftreten nicht nur bei der Arbeiterkraft, sondern auch bei seinen „Freunden“ rühmlich bekannt ist, darin, dem Pöbel reichlich zuzuhängen. Die zweite Wagenklasse ist nach diesem Herrn notwendig, um Schutz vor Anrempelungen seitens der Arbeiter suchen zu können. Die Sozialdemokraten möchten ihre Leute besser erziehen, denn diese seien bisweilen sehr ungezogen, dann würden sie auch ihre Eltern besser unterstühten und nicht der Armenpflege zur Last fallen lassen. Wenn sie die Macht hätten, würden sie es genau so machen, wie in Ausland, den Besitzenden alles wegnehmen und selbst vergeuden. Daß die Begehrtheit der Arbeiter eine immer größere werde, schreibe der Herr auch der Regierung in die Schuhe, die durch den herrschenden Humanitätsdusel dieselbe nur fördere. Es stehe auch nirgends geschrieben, daß wir Kinder nach der Sommerheilstätte schicken müssen. — So das Elabarat des Herrn Veltz. — Würde dem Herrn nun schon in der betreffenden Stadtverordnetenversammlung seitens unserer Genossen klar gemacht, wie wir ihn einschätzen, in der Versammlung hätte er, wenn er der Einladung stattgegeben, noch ganz andere Dinge zu hören bekommen. Gen. Böcke ging mit der Reden im allgemeinen und Herrn Veltz im besonderen klar ins Gericht; denn erstere müsse man mit verantwortlich machen, sie stimmen ein Vordogelheit an, wenn einer von ihrer Seite das schäblichste Mittel anwendet, die Arbeiterkraft zu verächtlichen. Wir werden bei der nächsten Wahl der zweiten Klasse es an nichts fehlen lassen, den Wählern, besonders den kleinen Geschäftseuten über diese Herren die Augen zu öffnen. Gen. Vroger stützt aus, daß wir uns nicht mit Veltz beschäftigen würden, wenn er der einzige wäre, der so spricht, wie er denkt; er sei das Sprachrohr seiner Partei. Man müsse die Arbeiterkraft mehr mit der Kommunalpolitik vertraut machen. Die Bürgerkraft muß es wissen, daß sich die Herren der Rechten allen Verbesserungsanstrengungen gegenüber, aus den wichtigsten Gründen ablehnend verhalten. Redner regt den Gedanken an, daß gleich den Hausbesitzern auch die Mieter sich der schwarzen Listen bedienen sollten, denn wie erstere sich die Mieter auszuwählen, hätten letztere das Recht, in der Wahl ihrer „Hausbesitzer“ etwas wählerischer zu sein. Nachdem sich noch die Genossen Conrad und Köcher im Sinne Böckes ausgesprochen, gelangte eine entsprechende Resolution einstimmig zur Annahme.

Zu Punkt 2: Berichterstatterung von der Kreisgeneralversammlung referierte Genosse Zirkel. — Die Genossen Scholz und Conrad fänden sich nicht mit der Ablehnung des § 5 betr. die Vertretung der einzelnen Wahlvereine bei der Generalversammlung einverstanden erklären und wird ein Antrag angenommen, mit den größeren Orten des Kreises zwecks einer Besprechung, zu der der Zentralvorstand sowie Genosse Jubel geladen werden sollen, in Verbindung zu treten. Genosse Reinkens wünscht, daß der Vertreter des Kreises in der Reinerkommission sich auch einmal in Rixdorf sehen lassen möchte, um den Mitgliedern über die Gebaltsregulierungen im „Vorwärts“ Kenntnis zu geben. Unter Vereinsangelegenheiten wird vom Genossen Heinrichs auf die am 25. April stattfindende Urantivorstellung aufmerksam gemacht. Genosse Zirkel tritt mit, daß in der Rixdorerstr. 25 eine Genossenschaftsbäckerei eröffnet wurde, und ersucht um Unterstühtung derselben.

Weder als fünfzig Fahrräder gestohlen. Ein äußerst gefährlicher Fahrradbauer, welcher Fahrradverfälscher fleißig als Gewerbe betrieb und der hauptsächlich die westlichen Stadtteile unfruchtbar machte, ist jetzt durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. In der Reuen Ansbacherstraße in Schönberg beobachtete gestern ein Kriminalbeamter, wie sich ein junger Mensch auf ein unbrauchbar gefundenes Fahrrad schwang und mit seiner Beute davonfahren wollte. Der Beamte kam ihm jedoch zuvor und verhaftete ihn. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der Falschgenommene als der ehemalige Lackierer Richard Schmidt aus der Wanzlstraße 4 in Rixdorf. Es wurde sofort in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung abgehalten, und in der Werkstatt des Sch. fand man etwa 50 zerlegte, und drei vollständig neue Fahrräder vor. Der Dieb hatte sämtliche gestohlenen Räder auseinandergenommen, die einzelnen Teile vertauscht und den dann wieder zusammengesetzten Maschinen einen neuen Anstrich gegeben. Auf diese Weise war es niemals möglich, ein gestohlenen Fahrrad wiederzuerkennen. Die Kriminalpolizei hatte Sch., dessen Bruder gleichfalls ein gewiegter Fahrradbauer ist, schon längst im Verdacht gehabt, sie vermochte ihn jedoch nicht

